

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Wenzelgasse 1/2, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate M. 3.50, sechs Monate M. 5.50, ein Jahr M. 9.50, im Voraus gegen Nachnahme M. 10.00.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Das Jahressubskribtionsgeld beträgt für die einjährige Subskription über deren Namen 20 M., halbjährige 12 M., vierteljährliche 6 M., Einzelhefte unter Zugabe 1 M., Anzeigen für den ersten Tag 1 M., zweitägig 1 M., dreitägig 1 M., vierteltägig 1 M., fünftägig 1 M., sechstägig 1 M., wöchentlich 1 M., monatlich 1 M., dreimonatlich 1 M., halbjährlich 1 M., jährlich 1 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 137.

Breslau, Sonnabend, den 15. Juni 1912.

23. Jahrgang.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911.

Eine kraftvolle Aufwärtsbewegung und ständig sich vermehrende Machtentfaltung der deutschen Gewerkschaften kommt wieder in den Ergebnissen der letzten von der Generalkommission herausgegebenen Jahresstatistik der deutschen Gewerkschaftskartelle zum Ausdruck. Dringt sie auch nur einen Teil der gewerkschaftlichen Wirksamkeit zur Darstellung, so läßt diese doch schon die auch im Jahre 1911 eingetretene günstige Entwicklung der freien Gewerkschaften erkennen. Es kann schon heute aus den Ergebnissen der Statistik gezogen werden, daß die Zentralverbände innerhalb des Jahres 1911 mindestens eine Viertelmillion neuer Streiter gewonnen haben.

Auch eine weitere Vermehrung der Kartelle ist eingetreten. Und diese Erscheinung ist deshalb so erfreulich, weil sie Zeugnis ablegt von der Ausdehnungsfähigkeit der freien Gewerkschaften, die ihre Vorposten immer weiter auf das Land hinauschieben und sich bemühen, die erregenden Positionen durch örtlichen Zusammenschluß der Zweigvereine zu festigen.

Es bestanden am Schlusse des Berichtsjahres 707 Kartelle, 1910 betrug ihre Zahl 684. In der Statistik beteiligten sich 691 Kartelle, an die 9261 Gewerkschaften mit 2160728 Mitgliedern angeschlossen sind. Es ist eine Vermehrung von 268247 Mitgliedern eingetreten. Mehr als 25000 Mitglieder haben die Kartelle: Berlin (296812), Bremen (30553), Breslau (30476), Chemnitz (40088), Köln (26711), Dresden (85911), Frankfurt a. M. (40800), Hamburg (130383), Hannover (38664), Leipzig (72367), Magdeburg (28065), München (68756), Nürnberg (56513), Stuttgart (42815). Köln ist zu diesen Kartellen neu hinzugekommen; 1910 zählte es 22201 Mitglieder.

Ist die Tätigkeit der Kartelle auch örtlich begrenzt, so haben sie doch auf ihrem Gebiete eine reiche Fülle von Arbeit zu leisten. Ihre Haupttätigkeit ist die Betreibung der Agitation. 2824 allgemeine und 1107 Versammlungen für einzelne Berufe wurden von ihnen abgehalten. Von 41 Kartellen wurden eigene Versammlungsräume unterhalten. 82 Kartelle haben Arbeiterinnen-Agitations-Kommissionen oder weibliche Vertrauenspersonen.

Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter erfahren durch die Kartelle eine gute Förderung. Im Berichtsjahre hatten 547 Kartelle (1910: 496) gemeinsame Bibliotheken und 87 Kartelle (1910: 71) Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen in 362 Orten (1910: 292) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 346 (1910: 293). Erwähnenswert ist ferner noch die Tätigkeit der Kartelle zur Durchführung der Arbeiterschulung. Es bestanden 1911 zu diesem Zwecke: 135 Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionsachen und 235 Bauarbeiter-Schulungskommissionen. In 46 Orten werden Kommissionen zur Befestigung des Rost- und Logiswesens beim Arbeitgeber unterhalten.

Gewerkschaftshäuser bestehen 67 (1910: 53). Im Bericht der Generalkommission wird wieder davor gewarnt, ohne die notwendigen Unterlagen und mit ungenügenden Mitteln an solche Gründungen heranzugehen; sie entwickelten sich häufig zu wahren Schmerzenskindern. Diese mangelhaften Unterlagen glauben wir in Breslau vermieden zu haben.

Dem Herbergswesen wenden die Kartelle erfreulicherweise besondere Aufmerksamkeit zu. Herbergen in eigener Regie unterhalten 31 Kartelle, in 322 Orten haben die Kartelle mit Herbergswirten besondere Abmachungen getroffen und haben sie sich das Recht der Kontrolle gesichert.

An 102 Orten bestehen Arbeitersekretariate und an 198 Orten Rechtsanwaltsstellen, 18 Kartelle besitzen Bureaus mit Angestellten.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben liegen von 675 Kartellen vor. Diese hatten eine Einnahme von 1.797.248 Mark und eine Ausgabe von 1.600.435 Mark. Für Streiks wurden 283.855 Mark gesammelt und 909.046 Mark verausgabt.

Von den Kartellen der gegnerischen Gewerkschaften liegen absolut zuverlässige Angaben nicht vor. Das christliche Zentralblatt gab 250 Kartelle an. Nach den Angaben der Kartellfunktionäre der freien Gewerkschaften bestanden in 171 Orten christliche Ortsverbände und in 173 Orten solche der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften. In 32 Orten befinden sich Hirsch-Duncker'sche Arbeitersekretariate oder Rechtsanwaltsbüros, und in 122 Orten bestehen christliche Sekretariate oder Volksbüros.

Auch in dieser Gegenüberstellung kommt das tatkräftige Wirken der Kartelle unserer Gewerkschaften für die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiter anschaulich zum Ausdruck.

Zum neunten Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.

Berlin, 13. Juni 1912.

In der nächsten Woche hält in Berlin der Zentralverband Deutscher Konsumvereine seinen 9. Genossenschaftstag ab. Dem vom Vorsitzenden Max Madestock, Dresden, und Generalsekretär Kaufmann erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Konsumvereinsbewegung im Jahre 1911 eine Entwicklung genommen hat, die die der früheren Jahre bei weitem übertrifft. Die Zahl der Verbände ist auf 1183 gestiegen. Die Entwicklung der deutschen Konsumvereinsbewegung macht sich besonders in dem Wachstum der Zahl der Mitglieder und in der steigenden Intensität der wirtschaftlichen Betätigung geltend. Die Mitgliederzahl der Genossenschaft ist von 1.181.000 auf 1.325.000. Der Geschäftsbericht führt die Ursache dieses außerordentlichen, noch in keinem Vorjahre erreichten Wachstums auf die hohen Preise wichtiger Nahrungsmittel zurück. Die breiten Massen der Bevölkerung seien dadurch gezwungen worden, sich einzuschränken, sorgfältig zu rechnen und auch kleine Vorteile nicht von der Hand zu lassen. An einigen Orten gehört der weitaus größte Teil der Bevölkerung den Konsumvereinen an.

Der Gesamtumfang der Genossenschaften des Verbandes stieg von 433 Millionen auf 566 Millionen Mark, in eigener Produktion wurden von den Verbänden für 81 Millionen Mark Waren hergestellt gegen 60 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl der in der Gesamtorganisation beschäftigten Personen stieg von 18923 auf 21939. An Warenbeständen waren 50 Millionen, an Maschinen und Inventar 14 Millionen und an Grundbesitz 74 Millionen Mark investiert. Das eigene und fremde Kapital, mit dem die Verbände Organisationen arbeiteten, betrug 152 Millionen Mark.

Im verwichenen Jahre hat eine große Zahl von Konsumvereinen neue Zentralläden und Bäckereien eingerichtet. Neuerdings wendet sich die Eigenproduktion immer mehr dem Gebiet der Milch- und Fleischverarbeitung zu. Die gewerkschaftliche Milchverarbeitung stellt sich als ein besonders schwieriges Gebiet dar. Die Schwierigkeiten liegen nicht nur in der Verteilung und in dem schwankenden Absatz, sondern noch mehr in der Beschaffung der erforderlichen Milch, weil die Konsumvereine dabei von den landwirtschaftlichen Milchproduzenten abhängig sind. Der Bericht hofft, daß engere Beziehungen zwischen der deutschen Konsumvereinsbewegung und der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung diese Schwierigkeiten überwinden könnten. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten würde für beide Teile so große Vorteile haben, daß man annehmen sollte, es würde schon das weltweite Interesse ein letzteres Zusammenarbeiten, als es gegenwärtig der Fall ist, herbeiführen. Große Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Warenverteilung machte einer großen Anzahl Revisionsverbänden das preussische Warenhausgesetz.

Eine erhebliche Steigerung der Kapitalkraft der Genossenschaften kommt auch in der Entwicklung der Bankeinführung der Großeinkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine zum Ausdruck, die jetzt in der Lage ist, jedem gut geleiteten und gefunden Konsumverein für die Erweiterung seines Geschäftsbetriebes mit Hypotheken zu dienen.

Politische Uebersicht.

Wovon lebt die

„Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“?

Jeder führende Gewerkschaftler und viele Leser der Arbeiterpresse kennen aus gelegentlichen Zitaten das anspruchsvolle, hochmütige Auftreten der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, die alle Wochen einmal die Welt vor ihre Schranken fordert. Besonders ein jüngerer Herr Felix Kuh tritt in seinen Wochenüberflüssen mit einer Präzision vor die Öffentlichkeit, als hätte er ganze Armeekorps begeisterter Unternehmer zu kommandieren, als Sprachorgan der ganzen deutschen Industrie stellen sich diese Skribistare in wissenschaftlichem Mantel mit großer Aufdringlichkeit vor. Um so mehr müssen wir erlauben, wenn uns jetzt ein Zirkular auf den Tisch geworfen wird, das „eingeschrieben“ und streng „diskret“ darauf hinweist, wie die deutschen Arbeitgeber nicht einmal die paar Mark Abonnementskosten bezahlen mögen, um diese großsprecherische Interessensvertretung über Wasser zu halten, sondern daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ mit Inseraten gesichert werden muß, damit sie überhaupt ihre Existenz fristen kann. Und selbst diese Inserate gehen ihr nicht einmal freiwillig zu, es muß energisch getreten werden, damit die Freiherr v. Reiskow, Felix Kuh e tutti quanti ihr Futter erhalten. Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung

Organ der Deutschen Arbeitgeber-Verbände

Chefredakteur: W. O. F. Frh. v. Reiskow

Direktor: Georg Elsner

Berlin S. 42, den 11. Mai 1912.

Eingeschrieben.

An Breslau 18.

Die wirtschaftlichen Kämpfe, welche die deutsche Industrie nach und nach mehr Fronten auszufechten hat, verlangen Zeitungen, die absolut für die Interessen der deutschen Unternehmer eintreten. Zu diesem besonderen Zwecke ist seiner Zeit die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ auf Veranlassung von einigen Arbeitgeber-Verbänden begründet worden. Sie hat sich in den acht Jahren ihres Bestehens — unter opferwilliger Förderung seitens jener Verbände — zu einem von ihren Freunden geschätzten, von ihren Gegnern geachteten (?) Organ entwickelt und dazu beigetragen, manches Uebel von Industrie und Gewerbe abzumenden, manche die Industrie und das Gewerbe fördernde Maßnahme durchzu-

setzen. Speziell aber der Fortschritt in der Organisation der deutschen Arbeitgeber ist zu einem wesentlichen Teile dem Wirken der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zuzuschreiben.

Auf dem eingeschlagenen Wege zum Nutzen der deutschen Unternehmer soll die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ fortwirken und sich über die Grenzen ihrer 15000 Abonnenten hinaus neue Anhänger, den Arbeitgeber-Verbänden weitere Mittelbedeutung zuführen. Die zu diesem Zwecke einzuleitende Propaganda ist mit großen Kosten verknüpft, die wir aus den Inserateneinnahmen bestreiten müssen; denn der niedrige Abonnementspreis von 2 Mark pro Quartal, der sich bei korporativen Bezügen weiter ermäßigt, bedingt nicht nur die Selbstkosten für Herstellung, Redaktion und Expedition. Es ist aber nicht angängig, immer wieder dieselben Firmen um Förderung des Unternehmens anzugehen.

Wir wenden uns daher heute an einen kleinen Kreis größerer Industrieunternehmen und auch an die Jünger, mit dem höflichen Ansuchen um tatkräftigen Beistand in unserem Bemühen um die Förderung der Unternehmerinteressen. Der gangbarste Weg würde die Zustimmung einer laufenden Anzeige sein, weil wir Ihnen in dieser Hinsicht vollwertige Gegenleistung zu bieten vermögen. Die Anzeigen, welche Sie in anderen Zeitschriften zu erscheinen lassen, werden in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ sicherlich nicht geringere, wahrscheinlich aber bessere Wirkung haben; denn die 15000 Abonnenten der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ sind durchweg interessierte Leser, und das nur dasjenige Erscheinen des Blattes, im Verein mit seinem dauerndes Interesse beanspruchenden Inhalt, sichern den Anzeigen eine nachhaltige Wirkung. Sie aber verbindet auf diese Weise das Gute mit dem Nützlichen; Sie machen Ihre geschäftlichen Pläne eine nützliche Bekanntschaft und kräftigen ein Zeitungsumwächter, dessen der deutsche Arbeitgeber dringend mehr denn je bedarf.

Wir lassen die heutige Aufschrift unter „Einschreiben“ stehen und bitten um diskrete Behandlung der Angelegenheit.

Mit aller Hochachtung

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“.

(Unterschrift.)

Es ist ein betrübendes Zeugnis entweder für die Opferwilligkeit des deutschen Unternehmertums oder für die Wertschätzung der russischen Exzessiven, daß solche Vettelbriefe nötig wurden. Unsommer als alle anderen Unternehmerblätter, denen ganz „diskret“ die Inserate abgelagert werden sollen, der „Arbeitgeber-Zeitung“ ein Kolleg über unläutere Konkurrenz halten dürften. Es ist ein eigentümliches Verfahren, den deutschen Unternehmern Solidarität zu predigen und hinterherum den Unternehmern der eigenen Branche, den Verlegern und Buchdruckerbesitzern das Geschäft zu versauern. Das saubere Blatt dürfte wohl wissen, warum es dieser schönen Rundgebung von Kollegialität eine „diskrete Behandlung“ wünscht. Aber gegen unsere Beobachtung ist auch sie nicht gesiegt.

Zu der Rechtsfrage im Falle Vorkardt

ergreift unser Breslauer Landsmann, Herr Justizrat Paul Albers, in der „Frankfurter Zeitung“ das Wort. Er kommt zu dem Resultat, daß der verstorbene Herr v. Erfssa seine Befugnisse überschritt, als er die Immunität der Abgeordneten durch Polizeihände verletzen ließ:

Wie dauernd auch das Verhalten der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus gewesen sein mag, so liegen die Verhältnisse rechtlich doch so einfach, daß es eine Auslegung des Gesetzes im Sinne des Präsidenten des Abgeordnetenhauses nicht gibt, wenn man dem Gesetz nicht Zwang anheim will. Mit klaren Worten bestimmt der § 105 Str.-G.-B., daß mit Justizhofs oder Festungshaft bestraft wird, wer Mitglieder aus gesetzgebenden Versammlungen gewaltsam entfernt. Ob der Täter es selbst tut oder sich eines anderen bedient, ist gleichgültig, da Mittäterschaft oder Anstiftung vorliegen würde. Der Präsident hätte sich indessen auf sein ihm angeblich durch die Geschäftsordnung gewährleistetes Hausrecht. Ueber das Hausrecht enthält § 123 Str.-G.-B. die erforderlichen Bestimmungen:

Wer in der Wohnung, in dem Geschäftsraum oder in dem befriedeten Bestium eines anderen oder in abgeschlossenen Räumen, welche zum öffentlichen Dienste bestimmt sind, ohne Befugnis verweilt und auf die Aufforderung des Beschlüssigten sich nicht entfernt, wird wegen Hausfriedensbruchs bestraft.

Daß keines dieser Begriffsmerkmale auf ein Mitglied eines Parlamentes Anwendung finden kann, bedarf kaum einer Auslegung. Denn es handelt sich weder um eine Wohnung, noch um einen Geschäftsraum, noch um das befriedete Bestium einer bestimmten Person; man wird vielmehr analog unterstellen müssen, daß jedes einzelne Mitglied des Parlamentes im Vollbesitz des Hausrechts ist. Höchstens könnte die Frage ventiliert werden, ob es sich um abgeschlossene Räume handelt, die zum öffentlichen Dienste bestimmt sind. Gleichgültig wäre es hierbei, ob die zum öffentlichen Dienste bestimmten Räume dem Publikum zugänglich sind oder nicht. Auch in ersterem Falle wäre nach ständiger Judikatur Hausfriedensbruch wohl möglich. Zweifelhaft aber bliebe es, ob der Gesetzgeber unter Räumen, die zum öffentlichen Dienste bestimmt sind, ein Parlament mit inbegriffen habe. Doch selbst zugegeben, man könnte es annehmen, so muß doch die Aufforderung, sich zu entfernen, von dem „Beschlüssigten“ ausgehen, b. h. von demjenigen, welchem die ausschließliche Verfügungsgewalt über diese Räume zusteht. Diese Frage aber wird man unbedingt verneinen müssen. Das Hausrecht ist das Recht jemandes auf ausschließliche Geltung seines Willens in den von ihm besetzten Räumen. Hat auch der Präsident auf Grund der Geschäftsordnung die Ordnungsgewalt bezüglich der Leitung der Verhandlungen inne, so ist er dennoch nicht im Besitze des ausschließlichen Wohnungsbereiches. Es liegt vielmehr ein gemeinschaftlicher Besitz aller Abgeordneten vor, also auch desjenigen, der gewaltsam auf Anordnung des Präsidenten entfernt worden ist. Jede andere Regelung der Rechtsverhältnisse würde die Bestimmungen der §§ 105 und 123 Str.-

... also des Reichsrechts, aufheben. Ein Reichsgesetz aber kann nur auf rechtsgesetzlichem Wege, nicht durch eine bloße Geschäftsordnung, aufgehoben werden. Wobin würde es führen, wenn jede Korporation, jeder Verein usw. innerhalb der Geschäftsordnungsregeln Bestimmungen schaffen wollte, die den herrschenden Reichsgesetzen zuwiderlaufen, — die das allgemeine geltende Strafgesetz verletzen würden? Alle Versuche, dergleichen Bestimmungen einer Geschäftsordnung hinsichtlich der Geschäftsverhältnisse zu stellen, müssen an den klaren Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches scheitern. Auf Grund der Ordnungsgehalt steht dem Präsidenten eines Parlamentes nur das Recht zu, die Sitzung aufzuheben, wenn er infolge einer Obstruktion die Ordnung nicht mehr aufrechterhalten kann. Jede gewaltsame Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Ordnung wäre nicht nur selbst eine Ordnungswidrigkeit, sondern auch ein Verbrechen nach § 105 a. a. O. Selbsttötend wird man in dem vorliegenden Falle auf Seiten des Präsidenten den Totus (die Absicht) verneinen müssen, auch wenn sich die Immunität nur auf die von den Abgeordneten gebrauchten Worte und nicht auf seine Taten beziehen sollte. Anders läge natürlich der Fall, wenn nach aufschöblicher Sitzung ein Abgeordneter, der sich eines Vergehens oder Verbrechens, z. B. eines Mordes während der Parlaments-Sitzung schuldig gemacht hätte, in den Parlamentsräumen verhaftet würde. Dann könnte selbstredend nicht mehr von einer Anwendung des § 105 a. a. O. die Rede sein, weil der Täter bereits außerhalb der Immunität wie jeder Nichtabgeordnete stehen würde. Der § 105 a. a. O. hat nur während der Dauer der Sitzung Geltung; aber eine solche, daß er durch Geschäftsordnungen, die nicht den Charakter eines allgemeinen herrschenden Gesetzes haben, auf keinen Fall berührt werden kann.

Die Ausführungen Albers' sind logisch und zwingend, ob sie aber deshalb von preussischen Richtern akzeptiert werden — das steht dahin.

Die beste Preußenvereinigung.

Ein General bestätigt der „Arenzzeitung“, daß sie mit ihrer Idee, einen Preußenverein zu gründen, auf dem rechten Wege sei, und er setzt umständlich auseinander wie alle Parteien, mit Ausnahme der Rechtsnational Liberalen, des überwiegenden Teils der „Zentrumsfreunde“ (!) und der Konservativen am Werke seien, um den preussischen Einfluß und das preussische Ansehen zu untergraben. Am bedenklichsten kommt dem General das Verhalten der Regierung vor. Sie muß sich seiner Meinung nach die Pflege des preussischen Staatsgedankens in viel stärkerem Maße annehmen als bisher.

Wenn sie wie bei der Elsaß-lothringischen Verfassungsfrage selbst die preussische Machtstellung schwächt, dann kann sie sich nicht wundern, wenn viele treue Preußen an ihr irre werden. Wenn der herrliche Führer verfaßt, dann wird seine Truppe wankel- und mißmutig.

Der gute Preuze verlangt ferner einen besseren Unterricht in der preussischen Geschichte, wogegen wir nebenbei bemerkt, nichts einzuwenden hätten, vorausgesetzt, daß der Unterricht ohne die bisherige patriotische Tendenz erteilt würde. Dann hätte die Jugend schon Gelegenheit, zu erfahren, wie der Preis, den der Souverän den Junkern für ihren Verzicht auf die Besetzung ihrer ständischen Forderungen und für ihre Unterstützung seiner Bestrebungen auf Erweiterung seiner Hausmacht zahlte, darin bestand, daß er ihnen die Bauern preisgab und wie sich aus dieser Politik die heutige Machtstellung des Junkertums entwickelt hat. Von allen, was der General vorzubringen hat, gefällt uns aber der Satz am besten:

Notwendig ist, daß beide Häuser des preussischen Landtags viel mehr, als lange der Fall gewesen, den preussischen Staatsgedanken der Regierung und dem Volke gegenüber vertreten. Die beste Preußenvereinigung wird immer der preussische Landtag sein, wenn er in dieser Hinsicht laut und deutlich seine Stimme erhebt.

Das ist durchaus richtig. Wozu brauchen die Junker noch eine Preußenvereinigung? Herrenhaus und Abgeordnetenhaus genügen wirklich allen Ansprüchen.

Die unzufriedenen Kölner.

Die Erklärung des Münchener Nuntius zur Gewerkschaftsfrage hat die „Kölnische Volkszeitung“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, noch immer nicht befriedigt, sondern im Gegenteil noch anspruchsvoller gemacht. Von einem süddeutschen Dilettantenpräfes läßt sie sich schreiben:

Die Erklärung Deiners genügt noch nicht vollständig. Es muß weiteres geschehen. Es muß den Verkündern von offizieller Seite aus geradezu verboten werden, ihre Privatansichten gegen die amtliche Stellungnahme des Apostolischen Stuhles ins Treffen zu führen. Daß dies geschieht, daran haben die katholischen Arbeitervereine des Rheinlands, aber noch mehr die deutschen Bischöfe und am allermeisten der Vatikan selbst ein Interesse.

Und anschließend an einen Artikel der „Mugsburger Postzeitung“ läßt sich die „Kölnische Volkszeitung“ folgendermaßen aus:

Wir stimmen der „Mugsburger Postzeitung“ vollkommen darin bei, daß jetzt endlich eine radikale Remedur geschaffen werden muß. Es kann gar nichts nützen, daß man etwa die Sache einmal wieder sonntags verurteilt läßt. Wenn die Streitigkeiten bei den deutschen Katholiken ein Ende nehmen sollen, dann muß vor allen Dingen das System der Verdächtigungen und der Ungeruhung der zuständigen kirchlichen und politischen Instanzen ein Ende nehmen, nach dem die Unzufriedenheit bisher verfahren, und es muß die Möglichkeit ein Ende nehmen, durch die Mißhille einzelner Förderer in Rom dieses System mit einem Schein von Erfolg und offener oder geheimer Willigung zu umkleiden. Die Zerstörung dieses Scheines wird mit einem Schlage dem ganzen Eput den Garau machen. Bittere Erfahrungen soll man nicht. Darum war es und ist es notwendig, die Älten über den jüngsten Zwischenfall nicht zu schließen, bevor die Maßnahmen aus ihm gezogen sind.

Die „Kölnische Zeitung“ vom Donnerstag abend meldet: „Die Auffassung einzelner Blätter, daß durch die Erklärung des Münchener Nuntius die Streitart in der Gewerkschaftsfrage begraben wäre, wird von den führenden Gewerkschaftskreisen nicht geteilt. Man ist versichert, daß die Erklärung Frühwirts nicht klar genug und in den hauptsächlichsten Punkten unzureichend sei. Man sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine autoritative Erklärung kommen müsse, ehe werde die Ruhe in den führenden Gewerkschaftskreisen nicht wieder eintreten.“

Das einzige Mittel, das noch helfen kann.

In der Presse der Großindustrie wird mit verstärktem Eifer für ein Zuchtgesetz Propaganda gemacht. Die gewaltige Mehrheit, die im Reichstag das Ansuchen der Konservativen abwies, schreut die Scharfmacher nicht; steter Tropfen höhlt den Stein, sagen sie sich, und lassen nicht Ruhe, bis die Regierung selbst dem Drängen nachgibt. Ein Industrieller schreibt der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“:

Der Herr Staatssekretär des Reichsamts des Innern mag sich sperren und sträuben wie er will; er wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit eines verstärkten Arbeitswilligenschutzes auf dem Marsche ist und Fortschritte macht. Die Erfahrungen, die der Ruhrstreik gebracht hat, haben wirklich allen, die etwa noch nicht lebend waren, die Augen öffnen müssen. Ganz abgesehen davon, daß die Entzündung von Militär in das Streikgebiet, die immer etwas Mitleidliches hat, bei genügender gezieltem Schutz der Arbeitswilligen vorwiegend nicht erforderlich gewesen wäre, die wegen Streik-Vergehen verhängten Strafen reden eine überaus ernste Sprache. Mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches ist der Arbeiter nicht vertraut. In vielen Fällen sinkt sich die Streitenden der Schwere ihrer Vergehen kaum bewußt gewesen. Ganz anders, wenn ein kurzes, allgemein verständliches Weisungsvorhanden ist, von seinem Dasein und seiner Bedeutung wird auch der einfachste Arbeiter Kenntnis haben können, und das allein wird zumeist genügen, die Arbeiter von Ausschreitungen abzuhalten, die ihnen die Streikleitung nahelegt oder gar empfiehlt. Das ist so einleuchtend, daß man sich gar nicht wundern kann, wenn zudem eine Gesetzgebung zum Zwecke der Arbeitswilligen beinahe als das einzige Mittel bewertet wird, das noch eine Besserung der gegenwärtigen unerträglichen Zustände zu bringen

vermag. Eine so umfassende Bedeutung hat ein Arbeitswilligenschutzesgesetz natürlich nicht, aber es muß doch zu denken geben, daß das preussische Herrenhaus erneut und dringlich den Erlass eines solchen Gesetzes befürwortet hat, daß unter denen, die in der Ersten Kammer des Landtages für einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen eingetreten sind, auch der Nestor der deutschen Volkswirtschaftslehre, der Begründer und erste Vertreter der wissenschaftlichen Lehre vom Staatssozialismus, Professor Adolf Wagner, sich befindet.

Die christlichen Gewerkschaften des nationalen und der evangelischen Arbeitervereine stehen samt und sonders auf dem Boden der Forderung, daß ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen unerlässlich ist.

Es handelt sich in diesem Schrei nach einem Zuchtgesetz um die Stimme eines einzelnen Scharfmachers, aber man darf die Gefahr trotzdem nicht unterschätzen. Es liegt System in dieser Propaganda, die ununterbrochen rege ist. Dazu kommt, daß sich Bethmann-Hollweg seinerzeit selbst für „verstärkten Arbeitswilligenschutz“ ausgesprochen und daß das Zentrum sich diesmal im Reichstag nur deshalb gegen den konservativen Antrag wandte, weil er nicht sofort realisierbar erschien. Das Zentrum hütet sich, unbilligerweise Agitationsstoffe gegen sich zu häufen; wird die Frage des sogenannten Arbeitswilligenschutzes einmal brennend, wird niemand energischer die scharfmacherischen Pläne unterstützen, als das Zentrum.

Noch nicht genug? In verschiedenen rechtsstehenden Blättern findet sich folgende Notiz:

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist mit der Erledigung der Wehrvorlagen die Weiterentwicklung der Organisation unserer Wehrmacht durchaus noch nicht abgeschlossen. Es liegt im Bereiche der Möglichkeit, das nicht allzuferne Zeit Wehrverein und Flottenverein sich in der Lage setzen werden, im Interesse der Sicherheit des Reiches ihre Ausföhrungstätigkeit mit besonderer Talentskraft in die Wege zu leiten. Auf welche Gebiete sich der Ausbau der Organisation des Heeres und der Marine fernerhin erstrecken wird, entzieht sich vorläufig der Kenntnis der weiteren Kreise.

Sinter diesen etwas dunklen Worten steht die Ankündigung neuer Forderungen für die Armee und Marine, Wahrscheinlich werden die Offiziere die Absicht, zu eben erst vom Reichstag bewilligten Posten neue zu häufen, in Abrede stellen. Aber schon der Verlauf der Generalversammlung des Deutschen Flottenvereins berechtigt zu der Annahme, daß die mysteriösen Andeutungen nicht in der Luft schweben. Man will das Eisen schmieden, solange es warm ist. Nachdem die bürgerlichen Parteien des Reichstags die so mangelhaft begründete 650 Millionen-Vorlage, ohne mit der Wimper zu zucken, gefressen haben, werden sie sich, so kalkuliert man, — der Aufnahme weiterer Gänge des Menkes nicht widersetzen können. Und wenn sich am Ende doch eine Mehrheit gegen den Rüstungswahnfinn erheben sollte, um so besser, dann wird mit der „nationalen“ Parole aufgelöst.

Der Rippesche Landtag

wird am 13. Juni zu seiner letzten Sitzung zusammenzutreten. In einigen Monaten finden dann die Neuwahlen statt. Für ihren Ausfall wird das Ergebnis dieser letzten Sitzung nicht ohne Bedeutung sein, da eine für das Ländchen außerordentlich wichtige Vorlage der Erledigung harret: die Domantialvorlage, durch die das materielle Verhältnis zwischen dem Staate und dem Fürsten neu geregelt werden soll. Ein Ausschuß hat wochenlang mit den Vertretern des fürstlichen Haus- und Grundbesitzes zusammengeessen, damit eine einwandfreie Zusammenstellung der Rechnungsergebnisse aus der Domantialverwaltung zustandekommen. Dieser ging eben die Domantialverwaltung mit ihren häuslichen Angelegenheiten sehr geheimnisvoll um, und es fragt sich auch jetzt noch, ob der Ausschuß des Landtages wirklich Gelegenheit gehabt hat, hinter alle Kulissen zu blicken.

Der Landtag selber ist ein Produkt des Dreiklassenwahlrechts, allerdings nicht nach preussischem Vorbilde, denn es ist der Arbeiterschaft hier immerhin die Möglichkeit gegeben, ein Drittel der Landtagsmandate zu erringen. Die jetzt zur Entscheidung stehende Domantialfrage ist seit Jahrzehnten geradezu ein Angelpunkt der politischen Tätigkeit im Lande, ein dienstwilliger Ständelandtag hat seinerzeit das Domantium (28.000 Mark) leichtfertiger Weise zu einem fürstlichen Hausgut gemacht, und wie überall bei ähnlichen Verhältnissen, hat sich

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holtei.

3) (Nachdruck verboten)

Drittes Kapitel.

Als am nächsten Morgen die alte Frau erwachte, fand sie ein Blatt Papier mit Stecknadeln an ihrer Bettdecke geklebt, worauf in großen Lettern zu lesen stand:

„Liebe Großmutter, Anton ist hinaus in den Wald gegangen und wird vor Abend nicht zurückkehren. Mach' Dir keine Sorge um mich. Die Einsamkeit soll mir gut tun. Morgen bin ich wieder fleißig bei meinen Körben.“

Der ihm gefahren hätte, den guten Anton, als er beim ersten Schimmer des Tages von seinem schlaflosen Nachlager aufsprang und kaum angekleidet das Weite suchte, der würde wahrlich in ihm der heiteren, frohlichen Knaben von gestern kaum wiedererkannt haben. Die Geschichte von seiner Geburt und von dem geheimnisvollen Ende seiner Mutter schien ihn völlig unzuwachen. Auf seinem sonst so freundlichen Angesicht lag ein Ausdruck von Born und Mut, wie man nur bei recht verwilderten, bössartigen Menschen wahrzunehmen pflegt. Im Herzen des kräftigen Jungen kämpften sichtbar heftige Entschlüsse, deren Widerstreit sich bisweilen in tief ausgestoßenen Seufzern oder in einzelnen abgerissenen Worten kundgab. Seine Hände waren kampfbereit zusammengeballt. Von Zeit zu Zeit strich er sie drohend gen Himmel. Als er heftigen Schrittes den sogenannten „Fuchswinkel“ erreichte, einen düsteren, unzugänglichen Platz im großen Walde, warf er sich, wie wenn er jetzt erst sicher vor jeder Begegnung mit einem menschlichen Wesen und seinem Grane nun ungehindert überlassen sei, laut heulend zu Boden und begann das bunte Waldmoos um seine Lagerstätte her auszurufen und zu zerhören. Eine ganze Nacht hindurch hatte er seinem Schmerz Gewalt angetan und sich männlich beherrschte, um die Großmutter nicht zu heimmütigen. Jetzt wachte er sich jeder Fessel entbunden und durfte sich ausatmen. Kalte Klöße, gegen jenen gerichtet, der ihm das Leben gegeben, schämten von Antons Wunde. Eine Verwundung drängte die andere. „Kacke, Kacke für meine Mutter!“ So lauteten die letzten Worte, die er abgemurrt und erschöpft hervorgebracht konnte. Dann sank er bewußtlos in dumpfen Schlaf, der anfangs ihm finstere, blutige Bilder zeigte. Später jedoch sanftere Träume vor ihm aufsteigen ließ, daß die Hieberqual entwich und ein ruhiger, ständender Schummer über ihn sich ausbreitete.

Stunde für Stunde zog der schönste Sommertag um den Scher hin, der ihn in seinem Innern fühlte und durchlebte.

Waldamische Lüfte jentlen sich von den hohen Tannen herab, daß er sie einatme und seine von Jammergehrat wunde Brust ausballe. Er wachte, daß er schlief. Er empfand, daß der Schlaf ihn segensreich abrennte von den Leiden des Lebens. Deshalb gab er sich willig der süßen Lozung hin, die sommerlau auf ihm lag. Und da kam auch die Mutter. Sie neigte das Angesicht über ihn — aber es glänzte, daß er ihre Züge nicht sehen konnte — und küßelte ihm wie jügend ins Ohr: „Habe Frieden, mein Sohn!“ Es war kein Traum mehr. Zu erwachen wachte der Hermit. Ihre langen Locken berührten seine Augenlider. Sehnsüchtig schlang er die Arme, sie zu umfangen — doch als er die Augen geöffnet, als er wirklich erwachte, leuchtete ein fremder Feuerbild ihm entgegen und an seiner Seite kniete ein in schlechte Lumpen gehüllter Bettler. Der schwarze Wolfgang war es, in der ganzen Gegend allwärts bekannt und überdies versehen als Laugenichts und Umherstreiber. „Was willst Du von mir?“ rief Anton dem Wolfgang zu. „Was verhoffst Du mich hierher, wo ich Einsamkeit suchte? Soll man auch im tiefen Walde keine Ruhe finden vor den Menschen.“ „Was haben Dir denn die Menschen zuleibe getan?“ sagte Wolfgang. „Dir, der bei deiner Großmutter lebst im wohligen Hause; der kein Bett hat und keine Suppe? Im Winter seine warme Kleidung? der sich rechtlich erhebt mit seiner Hände Arbeit?“ „Was haben sie Dir getan?“ „Hast Du danach zu fragen?“ erwiderte Anton mürrisch. „Geh' Deiner Wege und laß mich hier liegen.“ „Ich will nicht!“ war Wolfgang's trotzig Antwort. „Bei Dir zu sein, bin ich Dir nachgesprochen und laute an Deiner Seite, so lange Du schläfst, um Dir die Dremien zu verjagen, die Dich stechen und Deinen Schlaf stören wollten. Alle Menschen müßt' ich vergiften; lebendig finden könnt' ich sie, wenn ich die Macht dazu hätte. Nur Dich hab' ich lieb, Korbmacherjunge.“ „Wie komm' ich zu der Ausnahme?“ fragte mit fast spöttischem Lächeln wider Anton, während er seinen Oberkörper zur Hälfte von dem kumpften Erdboden aufrichtete und, auf den linken Arm das Haupt gestützt, dieses dem schwarzen Wolfgang zuwandte. „Das weißt Du nicht mehr? Ich weiß es desto besser und will's Dir wohl sagen. Vor einem Jahr, oder ist's noch länger, gingst Du einmal mit den Lehmern cures rotnäsigem, verhofftem Barons und mit des Paters Söhnen ins Dorf herum gegen Abendzeit. Ich sah hinter einer Schiefdornhecke und sah Euch kommen. Ich war voll von Wosheit und Hunger. Beim Pastor wie beim Guisherrn hatten sie mich von der Tür getrieben, und die Älteste von den Schloßräulen, die ihrem Va-

ter so ähnlich sieht, schrie mir nach: „Gib' ich Dir's nicht oft genug gesagt, nichtsnutziger Schlingel, Du darfst die Woche nur einmal betteln!“ Dumme Gans! Wenn sie mich überall auf Sonnabend bestellen nach ihrem armlässigen, verschimmelten Stuhl, wovon soll ich denn die andere Tage leben? Soll ich das verdorrte Zeug, woran sich jeder rechtschaffene Kettenhund die Zähne ausbeißt, auch noch lange mit herumschleppen? Wie gesagt, ich war voll von Wosheit, und wie ich so bei den Hecken vorbeistreich und das häßliche Weibsbild seine Schamhaue nach der Seite drehte, wo ich sah, da konnt' ich's nicht lassen/ ich muß' ihr einen Stein ins Gesicht werfen. Und der floh ihr so hübsch zwischen Nase und Maul, daß sie einen Satz machte wie eine Krähe, die angeschossen ist, und Peter brüllte aus ihrem blutigen Schnabel. Ich wollte ausreihen, aber die Pastorjungen hatten mich entdeckt, holten mich ein und fielen über mich her; zwei über einen. Sie schlugen mich auf dem Kopf und wo sie hintertrafen mit ihren Knütteln, die sie gegen jungensüßde heißen oder Ziegenhainer. Da wachte Du Dich nicht, schen sie und mich, bedeckte mich mit Deinem Leibe und batest nun müßt' es genug sein; und wie sie immer wieder auf mich einbrangen, fingst Du an, mit ihnen zu kämpfen, bistest beibe zurück, daß ich unterdessen entfliehen konnte. Seitdem lieb' ich Dich, Anton, Dich allein, wie ich sonst alle hasse.“ „Ich besinne mich jeht“, sagte Anton; „es ist gerade ein Jahr her. Es war der letzte Spatzergang, zu dem sie mich abriefen.“ „Du bist in meinem Alter?“ „Ich glaube. Geht's wech ich's nicht.“ „Du weißt nicht? Kannst Du nicht Deine Eltern befragen?“ „Ich habe keine Eltern.“ „Auch nicht? Armer schwarzer Wolfgang! Aber doch Verwandte?“ „Niemand. Meine Mutter ist im Zuchthause gestorben, ich ich sechs Jahre alt wurde. Mein Vater ward in Köschen gehent.“ „Gott erbarm' sich, das ist ja schrecklich.“ „Warum denn schrecklich? Ludwig ist's Sie wissen mirgend was sie mit mir anfangen sollen, weil ich nitgend eine Heimat habe. Ich bin hinterm Zaune auf die Welt gekommen, wie eine Krabe. Neulich hat mich der Wanddrögoner festgenommen, hat mich an seines Herdes Schwanz gebunden und hinein auf's Amt geliefert. Der Landrat lachte, wie er mich erkannte, und sprach: „Was soll ich mit dem anfangen? Wohin ich ihn mit dem Schwab schide, wird er mir ewig wieder zuschickgeschickt, sie behalten ihn an seinem Orte, weil er an keinem Orte zu Hause ist. Es ist einmal unser Dagebunde; laßt ihn laufen!“ — „So lauf' ich mit!“ (Fortsetzung folgt.)

seitdem auch in Sympie die sprichwörtlich gewordene Not der Kleinstaatler, namentlich der arbeitenden Klassen, sichtbar gemacht. Dabei weigert sich der Fürst hartnäckig, eine Zivilliste anzunehmen; er will unbeschränkter Nutzen für den Monarchen bleiben, dem neuerdings allerdings auch recht erhebliche Einnahmen aus gewerblichen Unternehmungen zufließen. Wie gut die Einnahmen sind, sieht man daraus, daß es dem Throninhaber — trotz der erst siebenjährigen „Regierungsstabilität“ — schon möglich geworden ist, ein Rittergut im Brandenburgischen für 1 1/2 Millionen Mark zu kaufen. Nachdem der Fürst die Annahme einer Zivilliste abgelehnt hat, ist die Angelegenheit sowohl für die Konservativen und Liberalen erledigt: sie wollen auf die Anwendung eines Verfassungsmittels, das in einem vor 16 Jahren während des Thronstreits erlassenen Gesetze gegeben ist, verzichten. Man darf auf den Ausgang der Tagung gespannt sein, aber auch darauf, wie die Wähler demnächst über die Parlamentsfähigkeit quillieren werden.

Der Bundesrat stimmte dem vom Reichstage angenommenen Entwurf des Gesetzes betr. die Wenderung des Strafgesetzbuches zu. Er stimmte ferner der Vorlage betr. die Kürzung des Durchschnittsbrandes zur Geweibeverarbeitung übergehenden Brennerien und der Vorlage betr. die Wenderung der Bestimmungen über die Statistik der Seeschifffahrt zu.

Aus dem schwarzen Winkel. Bei den Wahlmännern der Wahl für die am 21. Juni stattfindende Landtagswahl wurden 77 Wahlmänner ernannt, die bis auf wenige der Zentrumspartei angehören. In der Stadt Trier wurden zwei liberale Wahlmänner gewählt.

Verwendung deutschen Geldes. Der ehemalige Kolonialsekretär v. Lindquist hat sich bei der Sommertagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die in den Ausschluß ihrer Kolonialabteilung wählte, noch einmal deutlich über den Wert der durch den Vertrag mit Frankreich neu erworbenen Stücke von Afrika ausgesprochen.

Man habe die Pflicht, alles zu tun, um die Wunden zu heilen, die das Vordringen der Kolonialer in die Welt geschlagen habe. Man solle sich mit den Tatsachen abfinden und nur auch das neuverworbene Gebiet in den Interessenzirkel einbeziehen, soweit die Summe, das Malariafieber und die Schlafkrankheit es eben erlauben. Man solle diesen Dingen gesteigertes Interesse zuwenden, aber man solle nicht alles kritisch tun, im Gegenteil, man solle die Sonde der Kritik recht scharf anlegen. Und es müsse betont werden, daß es nicht zu billigen ist, wenn deutsches Geld in Gebiete gesteckt wird, die uns keinen Nutzen bringen können. Umgekehrt dürfe man nie die Abtretung guter deutscher Kolonialgebiete billigen. Ich habe diese Meinung durch die Tat bevestigt, und ich habe aus dieser meiner Ablehnung, wie Sie alle wissen, die Konsequenzen gezogen.

Ganz unsere Meinung: deutsches Geld darf nicht in Gebiete gesteckt werden, die uns keinen Nutzen bringen, nur stecken wir auf dem Standpunkt, daß nicht nur in „Neu-Kamerun“ gegen dieses Prinzip verstoßen wird.

Die unpolitischen Kriegervereine. Bei der Rudolfsstädter Landtagswahl wurde bekanntlich im Wahlkreis Königssee-Stadt kein bürgerlicher Kandidat gegen unseren Feind Frölicher aufgestellt. Der Vorstand des Krieger- und Militärvereins in Wöhl richtete deshalb an die Mitglieder dieses Vereins folgendes Zirkular:

„Geehrter Kamerad! Mit Bezug auf die morgen stattfindende Landtagswahl mache ich besonders darauf aufmerksam, daß seitens der bürgerlichen Parteien kein Kandidat aufgestellt ist. Die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten verstoßt aber gegen die Verbands- und Vereinsbestimmungen, und ein Kriegervereinsmitglied, das eine sozialdemokratische Stimme abgibt, hat für solches statutenwidriges Verhalten die Verantwortung auf sich zu nehmen.“

Also: Wer wählt, der schießt! Tatsächlich ließen sich durch dieses Vorgehen auch viele Mitglieder bestimmen, der Wahl fernzubleiben, denn unsere Stimmenzahl in Wöhl sank von 100 auf 116.

Die auffälligen Christen in Saarburg-Merzig-Saarlouis. Wegen den Vorwürfen, daß die Gegenkandidatur eine Schiedung der christlichen Gewerkschaften sei, hatte sich der Gewerkschaftsvorstand der christlichen Bergleute gewehrt und auch die „Köln. Volkszeitung“ hatte verschiedentlich eine Lanze für die Angegriffenen gebrochen. Demgegenüber hält die „Trier. Landeszeitung“ die Vorwürfe vollinhaltlich aufrecht. Der in Frage kommende christliche Gewerkschaftssekretär habe bestimmt kurz vor der Wahl erklärt, daß die Wahlkosten von Köln (Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften) und von Essen (Gewerkschaft christlicher Bergleute) bezahlt würden. Wenn die christliche Gewerkschaftsleitung mit derselben Entschiedenheit aufgetreten wäre, mit der sie seinerzeit der Kandidatur Saermann Steine in den Weg gelegt habe, so wäre die Sonderkandidatur unterblieben. Effert habe vor der Wahl im Bezirk gewinkt, wenn er ernstlich gewollt hätte, würde er der Sonderkandidatur den Boden haben entziehen können. Auch das Wahlergebnisse beweise die Schuld der christlichen Gewerkschaften, denn dort, wo diese vertreten seien, habe Stauch entsprechend Stimmen bekommen.

Da die „Saarpost“ auch jetzt noch Del ins Feuer gieße, müsse von Partei wegen Einhalt geboten werden. Also, hinaus mit den Protestern!

Ausland.

Die Ruhe vor dem Sturm.

Von Friedensverhandlungen berichten Donnerstag die bürgerlichen Blätter aus Ungarn. Es heißt, Tisza habe in Wien Flasche erlitten; seine scharfen Maßnahmen seien verurteilt worden, und die Regierungskreise in Wien drängen auf Frieden mit der Opposition. Gerüchte wollen sogar wissen, Graf Stefan Tisza werde auf eine bis zwei Wochen seine Würde als Präsident niederlegen, allerdings erst dann, wenn alle Wehrvorlagen auch vom Magnatenhause angenommen worden sind.

Die Opposition scheint sich an solch leeres Gerede nicht zu lehren. Die oppositionellen Abgeordneten begaben sich in ihre Wahlkreise, wo sie Versammlungen abhalten. Nach den uns am Donnerstag zugegangenen Drahtnachrichten herrscht in Budapest augenblicklich Ruhe. Auch in der Provinz sind die Demonstrationen zunächst eingestellt worden. Für nächsten Sonntag sind in allen Städten des Landes Volksversammlungen angesetzt. Unter den nächstigen Vorwänden erheben jedoch die Behörden gegen die Versammlungen Einspruch. In einigen Städten wurden wegen — Scharlach und Malaria Versammlungsverbote erlassen. Trotz der Verbote werden sich aber die Volksmassen von dem Versammlungsgelände nicht abhalten lassen.

Am Sonnabend findet die Sitzung im Oberhause statt, in der aller Wahrscheinlichkeit nach trotz der heftigsten Kämpfe der Opposition die ungeheuerlichen Wehrgesetze angenommen werden. Am Dienstag beginnen dann wieder die alten Kämpfe im Reichstage.

Nicht von Friedensstimmung diktiert ist die neueste Schandtat der Regierung. Sie ließ in allen Provinzstädten, wo Zusammenkünfte mit der bewaffneten Macht stattfanden, die Arbeiterführer verhaften, wahrscheinlich, um den Arbeitermassen Furcht einzujagen.

Das Befinden Kovacs hat sich verschlechtert.

Wie Tisza nach Wien fuhr. Das ungarische Präsidium ist Dienstag um 5 1/2 Uhr nachmittags von Budapest abgefahren.

Schon lange vor der Abreise wurde der Bahnhof von einem Gendarmerteilordnungsangeben, während im Bahnhof selbst ein riesiges Polizeiaufgebot aufgestellt war. In den Schnellzug wurde unmittelbar nach dem Aufsteigen ein Salonwagen eingeschoben, in welchem Graf Tisza und die beiden Vizepäsidenten Platz nahmen. In dem nächstfolgenden Wagen fuhr der Detektivchef Krescany mit vier Geheimpolizisten, die den Grafen Tisza bis Wien begleiten. Die ganze Strecke bis Wien ist durch Gendarmerteilpatrouillen bewacht worden.

Bar Nikolaus hat also nur sein würdiges Zeilenstück erhalten. Vielleicht tritt Tisza noch einmal in russische Dienste, wenn er aus Ungarn vertrieben sein wird.

Die Furcht zu Wasser und zu Lande und in der Luft. Bar Nikolaus hat sich pochenden Orens und unter dem Schutz eines ganzen Heeres von Polizisten wieder einmal aus seiner Klausel hervorgezwängt und eine Reise unternommen, von der er Sonnabend nach Barstojer-Szelo zurückkehrte. Deshalb ist für diesen Tag allen Fliegern von Peterburg und Umgebung jeder Ausflug verboten worden. Es könnte nämlich aus der Luft das Unheil kommen, das der Bluthund zu fürchten hat und das ihm auch seine Kartenlegerinnen bereits „prophezeit“ haben dürften.

Die ausgewiesenen Italiener. Das deutsche Generalkonsulat in Konstantinopel stellte bis Mittwochabend 1987 Wäffe für 6000 Italiener aus. Davon sind 3000 abgereist, die übrigen erwarten den Dampfer. 1000 Italiener verließen Konstantinopel vor dem Ausweisungsbefehl des Ministerrats, 2000 bleiben krankheitshalber oder wegen anderer Ausnahmegründe in Konstantinopel, 400 in Smyrna.

Zur Besetzung der Inseln im Ägäischen Meere. Die Besetzung einiger Inseln des Ägäischen Meeres durch die Italiener scheint weitere Folgen mit sich zu bringen. Die griechische Bevölkerung dieser Inseln fürchtet die Wiederkehr der türkischen Herrschaft. Das Komitee der Union der Inseln des griechischen Archipels hat deshalb an verschiedene Regierungen ein Schreiben gerichtet, worin für die Bewohner der Inseln das Recht beansprucht wird, frei unter einem ähnlichen Regime zu leben, wie es auf Samos besteht. Das Komitee verlangt nach Informationen einer Matierung der Insel an das Kaiserthum Samos. Das Schreiben wurde gefandt an den König von Italien, an die Präsidenten der beiden italienischen Kammern, an Lord Ritzner und an die Ministerpräsidenten von England, Rußland, Frankreich und Italien.

In den Vena-Goldwäschereien wurde eine polizeiliche Bekanntmachung erlassen, daß die Arbeiter, da sie die von der Gesellschaft angebotenen Arbeitsbedingungen nicht angenommen hätten, als Personen ohne bestimmten Beruf behandelt werden würden. Infolgedessen werden sie ausbezahlt, binnen 8 Tagen ihren Lohn beim Bezirksingenieur abzugeben und abzureisen. Nach der angegebenen Frist werden diejenigen, die weder ihren Lohn abgehoben haben und freiwillig abgereist sind, noch sich mit der Gesellschaft einigen wollten, zwangsweise ausgewiesen.

Das ist wahrscheinlich das Resultat der Untersuchungen, die die „mit weitgehenden Befugnissen ausgestattete Kommission“ angestellt hat, die über die bestialische Hinrichtung von hundert mehrtofen Arbeitern durch die Solbatesa zu Gericht sitzen sollte.

Die kroatische Studentenrevolte. Die Untersuchung über das Attentatkomplott, die bei der Agrarminister gefahrt wird, soll nun ergeben haben, daß weitere Kreise in die Affäre verflochten sind und eine Reihe von gleichartigen Attentaten in den Hauptstädten von Dalmatien und Bosnien geplant war. Es sind fast nur junge Leute, und zwar zahlreiche Mittelschüler daran beteiligt. Der Attentäter Jurtsch hat gefunden, daß er schon längere Zeit das Attentat plante. Er hatte die Absicht, das Attentat bei der Fronleichnamprozession zu begehen, und hat eine Reihe von Kollegen eingeweiht, die seinen Entschluß gutließen und ihn darin bestärkten. Während der Prozession ging er dem Banus nach, konnte sich jedoch aus Furcht, Kinder zu verletzen, die bei der Prozession mitgingen, nicht entschließen, das Attentat auszuführen. Nach der Prozession beklammerte ihn seine Kollegen und suchten vor ihm aus, weil er sich nicht benommen hatte. Diese Kollegen, darunter ein Student Reidhardt, der Sohn eines angesehenen Agrarministerbürgers, sind verhaftet. Die Polizei nimmt an, daß ein ganzer anarchoistischer Studentenverein bestünde, der im Besitz von Bomben war, die jedoch nach dem Attentat bei dem Banus in die Saue verstreut wurden. Man hat aus Trieste Taucher ferusen, damit diese den Grund des Flusses nach diesen Bomben abfuchen.

Parteiangelegenheiten.

Ein neues Parteiprogramm

hat sich die holländische Sozialdemokratie auf ihrem diesjährigen Parteitag in Leiden gegeben, das folgenden Wortlaut hat:

„Die Entwicklung der Gesellschaft hat zur kapitalistischen Produktionsweise geführt, in welcher die Masse der Produzenten von den Produktionsmitteln geschieden ist. Diese sind für ihre Besitzer das Mittel, um Gewinn zu erzielen aus der Arbeit der Arbeiter, welche zur Verwirklichung ihres Lebensunterhalts gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zwei Klassen, das Proletariat und die kapitalistische Klasse, stehen so in fortwährendem Interessengegensatz einander gegenüber.“

In diesem System wüthet Konkurrenz und Gewinnsucht zu fortwährender Verbesserung der Technik, zur Ersparrung von Arbeitskraft. Es führt zur Anhäufung von Reichtum bei der kapitalistischen Klasse, gegenüber Armut, Verelendung der Existenz und Abhängigkeit, ermattender, gefährlicher und ungesunder Arbeit von Männern und Frauen, unmäßig langer Arbeitszeit neben Arbeitslosigkeit; Kinderarbeit; Vernichtung des Familienlebens und Rückgang des körperlichen Widerstandvermögens beim Proletariat; zu fortwährender Verarmung und Prostitution, Alkoholismus und Missethat. So fällt die Arbeiterklasse, wo der kapitalistische Gewinnzucker nicht durch ihren Widerstand gestoppt wird, zunehmender Entartung und Elend zur Beute, nur beschränkt durch die natürlichen Grenzen menschlicher Entbehrung und durch die Anforderungen des kapitalistischen Interesses selbst. Das Mißverhältnis zwischen der zunehmenden Produktivität der Arbeit und der geringen Kaufkraft der Masse, und das Fehlen gesellschaftlicher Regulierung der Produktion führen stets wieder zu Krisen im Betriebesleben, welche diese mit dem Wesen der kapitalistischen Warenproduktion verbundenen Tendenzen noch verschärfen.

Dies verursacht Widerstand beim Proletariat, das sich organisiert, sowohl in Gewerkschaften als auf politischem Gebiete, und dabei mehr und mehr zu der Einsicht seiner Aufgabe kommt, den Kapitalismus als System zu bekämpfen und die Leitung der Gesellschaft der kapitalistischen Klasse abzunehmen. In ihrem Kampfe um politische Rechte und soziale Reformen führt jedoch die Arbeiterklasse, solange sie die Gesellschaft nicht beherrscht, auf die Übermacht der herrschenden Klasse, die nur notgedrungen, unter dem Einfluß der wachsenden Macht des Proletariats, dessen Forderungen entgegenkommt, und dabei nicht weiter geht, als die Behauptung ihrer Herrschaft und das Wesen des kapitalistischen Systems es zulassen.

Inzwischen schafft die kapitalistische Entwicklung selbst die ökonomischen Vorbedingungen für ein neues Produktionssystem.

nicht auf Ausbeutung einer Klasse durch eine andere beruhend, sondern auf gesellschaftlichem Besitz und Verwaltung der Produktionsmittel, deren Zweck es nicht ist, Gewinn für einzelne zu erzielen, sondern Verwirklichung der Bedürfnisse aller.

Die Konkurrenz im Verbands mit dem Fortschritt der Technik zwingt immer mehr zur Produktion im großen, verringert die gesellschaftliche Bedeutung des Kleinbetriebes und macht die kleineren Unternehmer vom Großbetriebe abhängig oder zu Lohnarbeitern.

Obgleich dieser Prozeß der Vertiefungskonzentration sich in den Landbaubetrieben bis heute nicht in derselben Weise zeigt wie bei im Handel, Verkehr und in der Industrie, steht man auch darin der Macht des Kapitals zuzunehmen, sowohl durch die Ausbreitung des Pachtwesens, als auch durch den wachsenden Einfluß industrieller Unternehmungen auf den Landbau und die Bewegung nach Monopolisierung des Marktes durch das Großkapital. Wo weiter der agrarische Kleinbetrieb sich neben dem größeren Betriebe erhält oder ausbreitet, ist dieses gepaart mit solcher Entbehrung und Ueberarbeit derer, die in ihm ihre Existenz finden, daß es mit dem allgemeinen Trug nach einem höheren Lebensstandard in der Arbeiterklasse auf die Dauer unvereinbar ist. Ueberdies wird durch die Entwicklung des Fabrikwesens ein stets größerer Teil des eigentlichen agrarischen Betriebes ins Gebiet der Industrie übergeführt.

Bei weiterer Entwicklung des Großbetriebes bringt die Konkurrenz den Gewinn in Gefahr, was zu zunehmender Ausbeutung des kapitalistischen Monopols und Beschränkung des Gebietes der Konkurrenz führt. Mehr und mehr kommen Erzeugung und Verkehr unter die Herrschaft des Bankkapitals und die Gewinnerzielung wird unabhängig von jeder Funktion in Produktion und Tausch. Der Kapitalist vertritt dadurch die Bedeutung des Betriebesleiters und wird zum Parasiten der Volkswirtschaft. Der Betrieb wird auf einem Fuße eingerichtet, daß er für Uebernahme durch die Gesellschaft bereit ist. Damit ist die Grundlage errichtet, auf der das System der sozialistischen Erzeugung angefaßt werden kann und von wo aus es über die Erzeugung im ganzen ausgebeutet werden kann.

Inzwischen werden verschiedene Betriebe aus privater in öffentliche Verwaltung überführt, während auch durch das Genossenschaftswesen das Gebiet des Privatbetriebes beschränkt wird.

Mit der zunehmenden Möglichkeit des Sozialismus ist ein wachsender Trug und wachsende Macht gepaart, für zu verwickelnden. Die ungeheure Vermehrung des Reichtums und des Luxus der Kapitalisten läßt auch die Arbeiter höhere Lebensforderungen stellen, während das Streben der Wohnungsverhältnisse als Folge der Anhäufung der Bevölkerung in großen Städten und die Preisbewegung ihre Lebenslage drücken. Durch und im Klassenkampf sowie als Folge der Erhöhung des Lebensstandards, den ein Teil des Proletariats sich zu erobern weilt, steigen seine Bedürfnisse auf eine Höhe, auf der ihre Verwirklichung nicht zu erreichen ist. Die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Klasse treten in den Hintergrund, je nachdem der Trug der Arbeiter nach neuen Rechten und Reformen gefühlvoller wird für ihre Gesellschaft und das kapitalistische System selbst. Dies äußert sich in der Bildung von Unternehmungsverbänden gegenüber der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter, wie auf politischem Gebiete. Die Kapitalmagnaten an der Spitze der riesenhaften Kapitalkonzentrationen, welche durch ihre Verfügung über Rohmaterialien, Transportmittel und Verkehrsmittel die ganze Gesellschaft sich schicksalhaftig machen, wissen Verwaltung und Vererbung ihren Interessen dienbar zu machen und treiben die Regierungen auf den Weg des Imperialismus und der kolonialen Politik mit der damit verknüpften fortschreitenden Ermehrung der Militärkräfte und zunehmenden Spannung in den internationalen Verhältnissen.

An solcher Zeit wächst auch die Macht der Arbeiter gegen den Kapitalismus. Mit der Vertiefungskonzentration ist ein zunehmendes Uebergewicht der zahlenmäßigen Klasse des Proletariats gepaart. Als neues Element entwickelt sich darin der „neue Mittelstand“, Techniker und Beamte des Großbetriebes, die, was die Existenzunsicherheit und Abhängigkeit vom Kapitalisten betrifft, den Arbeitern gleichstehen. Daneben müssen Gruppen eingeschloßt werden, deren Interessen, wenn nicht direkt dem Kapitalismus entgegengesetzt, doch nicht an ihm beteiligt sind. Das Proletariat erhält in und durch den Klassenkampf eine Erfahrung, eine wissenschaftliche und politische Ausbildung, eine gesellschaftliche und sittliche Erziehung und eine Ausdehnung und Verstärkung seiner Organisation, welche es nicht allein in den Stand setzen, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen, sondern auch reif für seine Aufgabe machen, ihren Platz einzunehmen. Es ist in diesem Streben unbeschreiblich, weil es dabei seine historische Aufgabe erfüllt, die ganze Gesellschaft von einem System zu erlösen, das ökonomisch veraltet und sittlich verurteilt ist.

Das Proletariat kann den Widerstand der kapitalistischen Klasse gegen die Ueberführung der Produktionsmittel aus privatem in gesellschaftlichen Besitz nur durch Eroberung der politischen Macht brechen. Zu diesem Zweck haben sich über die ganze Welt die Arbeiter, die zum Bewußtsein ihrer Aufgabe im Kampfe schlau gekommen sind, organisiert.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Niederlanden stellt sich das Ziel, das niederländische Proletariat in einer selbständigen politischen Partei zur Teilnahme an diesem internationalen Kampfe der Arbeiterpartei zu organisieren. Sie strebt nach Einheit des proletarischen Klassenkampfes und unterstützt, soweit wie möglich jede ökonomische oder politische Bewegung der Arbeiter zur Erzielung besserer Lebensbedingungen auf solche Weise, daß dadurch ihr Klassenbewußtsein und ihre Macht gegenüber der bestehenden Klasse gestärkt werden.

Arbeiterbewegung.

Die 5. Tagung des Zentralrats der Gewerkschaften für das Baugewerbe hat, wie wir dem „Zimmerer“ entnehmen, am 10. Juni begonnen. Die Sitzungen finden im Reichstagsgebäude statt. 41 Sachen stehen auf der Tagesordnung, und zwar 21 vom Arbeitgeberverband, 10 vom Bauarbeiterverband und 10 vom Zimmererverband. Nicht weniger als 21 Sachen betreffen die unerhörten Zustände in Mecklenburg. Hier hat offenbar der Arbeitgeberverband seine Mitglieder veranlaßt, den Tarifvertrag durch Sonderabreden zu durchlöchern, und diese begnügen sich vielfach auch damit nicht, sondern erzwingen diese Sonderabreden für der Weise, daß sie die Arbeiter vor die Frage stellen: Vogel fess oder fess, was in diesem Falle bedeuten will: Der Arbeiter geht entweder auf die Sonderabrede ein oder er wird entlassen. In nahezu allen Fällen handelt es sich darum, den Arbeitern den Zuschlag für Arbeiten über Land abzuköpfen. Wenn nicht in allen Fällen, so bedeutet das doch in den meisten oder vielen Fällen, daß dem Arbeiter die Lohnhöhe auf Grund des Dresdener Schiedspruches ganz oder zum guten Teil illusorisch gemacht wird. Mit den kniffligsten Argumenten ist in den Schlichtungskommissionen und vor dem Landesschiedsgericht für und wider die Rechtmäßigkeit dieser unerhörten Machinationen gestritten; das Landesschiedsgericht ist darüber zu den konfussten Entscheidungen gekommen, und nun kommt die Bescherung ans Zentralratsgericht.

Der „Zimmerer“ bepricht sodann einige sehr interessante Streitfälle, die dem Zentralratsgericht zur Entscheidung vorliegen. Er resumiert seine Meinung über die Anträge der Unternehmer dahin, daß alle diese Anträge und Machinationen nicht den Zweck verfolgen, den Tarifvertrag ausreißerisch zu halten und zu sichern, sondern daß sie von der Absicht diktiert sind, den Tarifvertrag zu ungunsten der Arbeiter zu verändern und dem in der großen Aufsperrung 1910 nicht durchgesehenen Schachmachereiwille vermittelt der Tarifinflation Geltung zu verschaffen.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Odenbach. — Redaktion und Expedition: Neu-Grabenstraße 7. — Verlag der „Volksmacht“, G. m. b. H. — Druck bei E. Odenbach, G. m. b. H. — sämtlich in Berlin. — Preis 2 Pfennige.

Geschäfts-Eröffnung!

Sonnabend, den 15. Juni, nachmittags 4¹/₂ Uhr

eröffnen wir Matthias-Straße 125 am Weissenburgerplatz ein

Kaufhaus modernsten Styls

Spezial-Geschäft für

Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Blusen, Röcke, Kinderkleidchen.

Bei Einkauf von 75 Pf. an erhält jeder Käufer von Sonnabend, den 15. bis Montag, den 17. d. Mts.

ein praktisches Eröffnungs-Geschenk.

Kaufhaus F. Freund

Matthias-Straße 125, am Weissenburgerplatz.

7450

Liegnitz.

Donnerstag früh verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau und Mutter

Martha Stöber

im Alter von 26 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Herrmann Stöber u. Sohn.

Beerdigung: Sonntag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes aus.

Liegnitz.

Am Donnerstag, früh 2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet die Frau unseres Kollegen **Herrmann Stöber II.**

Frau Martha Stöber

im Alter von 26 Jahren. 7532
Ein dauerndes Andenken werden ihr bewahren
Die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Liegnitz).

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes aus.

Liegnitz.

Donnerstag, den 13. Juni, starb nach kurzer Krankheit unsere Parteigenossin

Martha Stöber

im Alter von 26 Jahren. 7531
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins.

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes.

Todesanzeige.

Am 10. d. Mts. verstarb infolge Unglücksfalles unser Verbandskollege, der Maurer

Traugott Höhne

im ehrenvollen Alter von 62 Jahren. 7524
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes Zweigverein Breslau und Umgegend.

Beerdigung: Freitag, nachm. 4¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbarafriedhofes in Cosel.

Berichtigung!

Bei der gestrigen Todes-Anzeige soll es heißen: Beerdigung: Freitag, nachmittags 4¹/₂ Uhr.

Todesanzeige.

Am 12. Juni verstarb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

Josef Jänike

im Alter von 51 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Sonnabend vormittag in Habelschwerdt. [7526]

Todesanzeige.

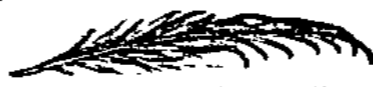
Am 9. d. M. verstarb nach kurzer Krankheit die Frau unseres Freundes und Verbandskollegen, des Stellmachers Paul

Marta Paul geb. Polte.

Ehre ihrem Andenken! 7527
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Bestand: geschl. Möbel, Schränke, Kommoden, Bett, Sofa in schönem Farb. und Tapeten, ganze Einrichtungsgegenstände, 20, 50, 70 Pf. an. 7533
Wohnung, Friedrichstraße 33.

Christentum u. Sozialismus von A. Bebel. 10 Pf. Buchhandlung Volkswacht.



Mittwoch, den 12. Juni, früh 8 Uhr, verschied nach längerem schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Sohn und Bruder, der Steinmetz

Richard Ehrlich

im Alter von 38¹/₂ Jahren.
Dies zeigen in tiefem Schmerz an
Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 2¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen.
Trauerhaus: Lewaldstraße 19.



Am 12. Juni verstarb unser Kollege, der Steinmetz

Richard Ehrlich.

Leicht sei ihm die Erde! 7529
Steinarbeiter-Verband Breslau.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen aus statt.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr: 7537

Letztes Gesamt-Gastspiel des Berlin, Lessing-Theaters:
„Die Stützen der Gesellschaft.“

Sonnabend 8 Uhr:

Erstes Gesamt-Gastspiel des Kölner Deutschen Theaters:

Sam. 1. Male:
„So'n Windhund“.
Sonntag 8 Uhr:
Dieselbe Vorstellung.
Montag 8 Uhr:
Sam. 1. Male:
„Gawan“.

Liebig's Etablissement

Heute Freitag, den 14. Juni:
Erster rauchreifer Abend.
„Es tut sich was“

Grosse Ausstattungs-Revue in 3 Akten von
Henry Bender.
Musik von Arthur Steinke.
Anfang 8 Uhr. 7578
Im Garten: Militär-Konzert.

Zeltgarten

Vorname Variete-Theater
Dir.: L. Romani. — Tel. 2077.

Nur noch 2 Abende
Das mit Begeisterung aufgenommenem

Riesen-Programm.

12 7572
erklaßliche Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung gedeckte Terrassen.

Vorzügl. Küche.
Erklaßliche Weine.

Viktoria-Theater

„Napoleon u. s. Frauen“.

Abendstück mit
Rudolf Lettinger.
Anfang 8 Uhr. 7584

Palmengarten.

Prachtdecoration.

Orangen-Fest

Damen-Blasorchester.
Entree frei!

Pfänder-fuktion

Mittwoch, d. 19. Juni cr. Zeit. b. 14. Juni. 7473
Leihamt Westendstr. 47.

Flotter Kafeurgeh.

Kann sofort eingereit. 7497
Jael. Ströbel am Jobtenberge.

Der Sonntagstisch

eines jeden Arbeiters

kann jetzt 7482
garantiert aus der frischen Rebe
gekeltet und ungezuckert.
Also billiger wie Alkohol.

Wein pro Flasche 95 Pf.

Herzberg & Co.

Höfchenstraße 62, Blücherplatz 20.

Kaufe

gehr. Möbel bei plötzlicher Fortreise, Lederschuhe, Uhren, ganze Nachlässe gegen sofortige Zahlung.
Wahler, Friedrichstraße 53. 7534

Warum? Weil

sind unsere **Serienpreise** für echt amerikanische

Panama-Hüte konkurrenzlos billig?

wir in direkter Verbindung mit den grössten Importeuren stehen, gegen sofortige Kasse kaufen und, der Lage entsprechend, geringe Mietspesen haben.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI	Serie VII	Serie VIII
1.95	2.50	3.75	4.85	6.75	8.50	9.75	12.50

Panama-Hut-Industrie

17 Kupferschmiedestr. 17

Ecke Schmiedebrücke. 7535



Fussball- und Turnerhosen
Gustav Knauerhase
Oskar Dehmel
Neumarkt 45

Zigarren

5, 6, 7¹/₂, 8, 10 Pfg.

Zigaretten

in grosser Auswahl, empfiehlt

Oskar Rudolph

Neudorfstrasse 58.

Georg Feige,

Klosterstr. 30/32.

Anzüge nach Mass v. 40.— M. an

Lager fertiger Herren- und Knaben-Anzüge v. 15.— M. an

Berufs-Kleidung.

Neumarkt 45.

Arbeitshosen.

UNZERREISSBARE ARBEITSHOSEN

sehr dauerhaft nur bei 4278/8

Gustav Knauerhase.

Inhaber Oskar Dehmel, Neumarkt 45. — Gegr. 1889.

Bitte genau auf Firma und Strasse zu achten.

Goldwaren Alter

Kupferschmiedestr. 17

Ecke Schmiedebrücke

Fahnen

von 5 Pfg. bis 2 Mk. p. Stück.

Champions von 5 Pfg. bis 1.50 Mk. p. St.

Bälle, Reifen, Tennisschläger, Botanisiertrommeln, Schmetterlingnetze, Spazierstöcke, Schubkarren, Leiterwagen, Kastenwagen, Schaufeln, Sandformen, Pferde, Reitfassen, Wasserrohre, Sportwagen, Profisörbchen, Simer, Viehfannen, Trompeten, Trommeln, sowie alle

Spielwaren oder **Praktische Geschenke**

für Kinder, Damen u. Herren zu Kinderfest, Schulspaziergang, Vereinsvergügen. [7256]

Großlager größten Teils für Wiederverkäufer, Händler, Gastwirte usw.

Alfred Scholz

Breslau 1, Kupferschmiedestr. 1.

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Vom Leipziger Parteitag, der im September 1909 stattgefunden hat, ist die folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

„Als von der agrarisch-merkantil-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil der durch die wahnwitzige Nützlichkeitspolitik verursachten Ausgaben des Reiches den Schultern der Armen aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Ausrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweinsteuer ein jährlicher Extraprofit von über 50 Millionen Mark zugesichert werden. Um dieser verbrecherischen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweinverbrauch verursachten und gefährdeten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweinvergnügen zu meiden. Die Parteioptionen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“

Der Kampf gegen den Branntwein ist erfreulicherweise von großem Erfolg gewesen. Wie aus der amtlichen Statistik klar hervorgeht, ist der Schnapskonsum ganz erheblich zurückgegangen. Diese Wirkung wird noch größer werden, sobald erst der Einfluß der Massenbewegungen der Arbeiter in denjenigen Bezirken wächst, in denen der Schnapskonsum am größten ist.

So groß unsere Freude über den Erfolg der Kriegserklärung gegen den Schnaps, so groß ist der Schmerz der Schnapsbrenner, die um so bessere Geschäfte machen, je mehr von ihrem Fusel getrunken wird.

In dreifacher Ablehnung der Gesundheitsgefährdungen, die mit dem Schnapskonsum verbunden sind, ging ihr Bestreben darauf aus, unter allen Umständen ihren Profit zu retten. Wenn sie vor kurzem im Reichstage der Regierungsvorlage zustimmten, die scheinbar die Liebesgabe beseitigte, um den Verbündeten Regierungen die Mittel zur Deckung der neuen Heeres- und Marinevorlagen zu schaffen, so sollte das Sand in die Augen des Volkes sein. Denn die Liebesgabe ist in Wirklichkeit nicht beseitigt, sondern nur verschleiert worden. Da die Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang aufrecht erhalten worden sind, so wurden die großen Brenner wieder aus den Rassen der Allgemeinheit in ungeheurer Weise begünstigt. Worauf das jetzt angenommene Gesetz hinausläuft, hat ein sozialdemokratischer Redner im Reichstage wie folgt dargestellt:

„Es ist ein offenes Geheimnis in den Fachkreisen, daß dieses Gesetz noch eine neue Preissteigerung durch die Spirituszentrale bringen wird, und daß man bereits von einem festen Satz von 12 Mark spricht, den als Preissteigerung die Zentrale ins Auge gefaßt hat. Es ist ein Raub an den Armen der Armen, den sie begehen; denn diese Verelendeten, die zum Schnaps greifen, müssen wieder die neuen Abgaben, die durch Gesetz entstehen, zahlen, und die Reichskasse gibt bereitwillig 16 Mil-

lionen her für die Brennerinteressen; nicht für das Publikum, das den denaturierten Spiritus verbraucht, sondern für die Brenner... Bekämen sie die 16 Millionen nicht, der Spiritus würde doch billiger werden — und deshalb haben wir verlangt, daß die Veteranen des Krieges und die Veteranen der Arbeit diese 16 Millionen Mark bekommen; aber die Herren, die Nummernkarten, geben keinen Pfennig dafür her.“

Es stellt sich die angebliche Abschaffung der Liebesgabe für die Schnapsbrenner in Wirklichkeit also dar, als eine weitere Ausplünderung der Armen, die der irrigen Meinung sind, auf den Schnapsvergnügen nicht gänzlich verzichten zu können.

Arbeiter in Stadt und Land! Gebt den Schnapsbrennern und den ihren gefügigen Verbündeten Regierungen die einzig richtige Antwort auf ihr Verhalten. Der Leipziger Beschluß muß noch eifriger propagiert werden, als bisher. Verkündet es immer wieder in Dorf und Stadt: Wer Schnaps trinkt, schädigt seine Gesundheit und fördert seine bösesten Feinde, die preussischen Junker.

Meidet den Schnaps!

Der Vorstand
der sozialdemokratischen Partei.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Juni.

Geschichtskalender.

15. Juni.

- 1848 Der Komponist Edward Grieg in Bergen *.
- 1893 Reichstagswahl 1750 000 Stimmen für die Sozialdemokratie.
- 1910 Wahltag Wiedom-Wollin.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Die Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau am Donnerstagabend war trotz der Hitze gut besucht und erlebte die reichhaltige Tagesordnung bis auf einen Punkt. Zuerst berichtete Genosse Löbe über die Tätigkeit des Bildungs-Ausschusses über die Zeit vom Juli 1911 bis Juni 1912. Der Berichtserhalter wies hin auf den gedruckt vorliegenden Bericht, die wissenschaftlichen Wanderkurse, die Volksvorstellungen, die literarischen Veranstaltungen und den Kassenabschluß.

In der Aussprache wies Genosse Wiener auf die Bedeutung einer Zentral-Bibliothek hin, an deren Errichtung nach dem Bau unseres eigenen Heims unbedingt gedacht werden müsse. Genosse Jakubowicz kritisierte den Vortragskursus des Genossen Wolbt, der nicht das gewesen sei, was man sich versprochen habe. In Zukunft solle der Bildungs-Ausschuß nicht alles blindlings hinnehmen, was ihm von Berlin geboten werde.

Der Bildungs-Ausschuß wurde entlastet.

Genosse Kupprecht aus Erfurt hielt dann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die modernen Konsumgenossenschaften.

Aus den einstündigen, sehr wirkungsvollen Ausführungen ist folgendes hervorzuheben:

Genosse Nautsch schrieb in einer Schrift Anfang der neunziger Jahre: an der Schwelle der Arbeiterbewegung steht auch die Konsumgenossenschaftsbewegung. Danach muß es auffallen, daß die Arbeiter viele Jahre hindurch denselben gleichgültig gegenüberstehen. Dabei erhob auch schon Kallala die Forderung: Produktgenossenschaften zu errichten. Die Geschichte lehrt aber, daß zunächst solche Konsumgenossenschaften wenig leisteten und vielfach ins rein kapitalistische Fahrwasser hinfüßten. Die Konsumgenossenschaft in Deutschland ist eigentlich noch älter, als die sonstige Arbeiterbewegung. Die ersten Anfänge in den 30er Jahren haben aber keine Nachfolge gehabt, bis Schutz-Bewegung kam und Konsumgenossenschaften gründete. Doch als die dem Mittelstande gefährlich erschienen, wurden sie von ihren Gegnern scharf bekämpft. Außerdem waren die Konsumgenossenschaften kleinbürgerlich, weshalb ihnen die Sozialdemokratie keine Liebe entgegenbrachte.

Als die Arbeiter in ihren Gewerkschaften allmählich erkannten, zeigte sich ihnen, daß die Preissteigerungen nur zum Teil weit gemacht werden können durch ihre Tätigkeit. Die großen Produzentenvereine haben es wunderbarlich verstanden, sich große Gewinne zu sichern; eine Milliarde soll jährlich durch die Spinnstoffe aus den Konsumgenossenschaften herausgehoben werden. Wir stehen da als Konsumenten fast machtlos diesen Organisationen gegenüber. Es tauchte so der Gedanke auf, auch die Konsumenten fest zu vereinigen und eine gemeinschaftliche Einkaufsgesellschaft zu schaffen. Von dem Augenblick an, wo die modernen Konsumgenossenschaften aus dem allgemeinen Verstande austraten, zeigten ihnen die Arbeiter auch mehr Zuneigung. Und es ist auch dringend nötig, daß alle Arbeiter mit dem rechten Konsumgenossenschaftsbewußtsein erfüllt werden. Wir haben stets zu fragen: Wer stellt die Waren her, die wir täglich brauchen? Werden die Arbeiter in den Fabriken ausbeutend bezahlt? Heute geschieht das leider vielfach noch nicht. Wir haben aber unbedingt auch hier Pflichten zu erfüllen, gegenüber den Konsumgenossenschaften und allen anderen Arbeitern, die schwer um ihre eigenen Interessen kämpfen.

Manche sagen da, was können wir den Konsumgenossenschaftsbewegungen gegenüber tun? Gewiß, der einzelne Arbeiter, und sei er der größte, kann nichts ausrichten, wohl aber eine Zentralorganisation, was die modernen Konsumgenossenschaften vor einigen Jahren bereits gegen das Marktsyndikat bewiesen haben. Wenn die Konsumgenossenschaften auftreten, sind sie eine große Macht. Heute sind etwa 700.000 Industriearbeiter in den modernen Konsumgenossenschaften; aber es könnten drei Millionen sein und mit Handarbeitern und kleinen Beamten etwa 8 Millionen. Die Konsumgenossenschaften sind also eine Kleinmacht darstellend.

Es ist keine Frage, die Konsumgenossenschaften marschieren und haben in den letzten Jahren hunderttausende von Mitgliedern angenommen; aber es kräftigen sich auch andere Gebilde, so die Warenhäuser, deren Umsatz sich in kurzer Zeit um mehr als 50 Millionen Mark erhöht. Daraus resultiert das Großkapital, auch der Kleinhandel zu ergreifen, und zwar nicht zum Vorteil der Verbraucher, die geschädigt werden sollen. Es müssen wir überlegen, was geschehen soll. Es liegt kein Grund mehr vor, abseits der Konsumgenossenschaften zu stehen. Die Gewerkschaftsvereine haben wiederholt beschlossen, sich den Konsumgenossenschaften freundlich gegenüberzustellen, und wenn diese bisher für die Arbeiter nicht mehr erreichen konnten, so liegt das nicht an den Konsumgenossenschaften.

Organisierte Arbeiter unterstützen in Breslau das Brot des alten Konsumvereins, der seinen Arbeitern das Kassationsrecht nimmt und allen Befreiungen organisierter Arbeiter ins Gesicht schlägt. Es wird nicht verstanden in anderen Orten, daß Breslau mit seinen starken Organisationen und seiner zunehmenden von sozialdemokratischen Wählern in einen Konsumverein laufen geht, der von Rechten der Arbeiter nichts wissen will. Die Frauen laufen in einen gegnerischen Verein, sie fragen nur nach der Dividende und nicht nach den guten Zwecken, die von modernen Konsumvereinen verfolgt werden. Die Konsumgenossenschaft, sagt Nautsch weiter, ist eine Organisation, die im Kampfe der Arbeiterklasse um ihren Aufstieg eine nicht unwichtige Rolle spielen wird. Wir dürfen sie also nicht gleichgültig betrachten. Wenn tausende von Arbeitern in genossenschaftlichen Betrieben bei guten Arbeitsbedingungen beschäftigt werden, so ist das nicht nebensächlich, sondern von dem allergrößten Werte für den Kampf der übrigen Gewerkschaften.

Wir haben auch in den Arbeiterkreisen mehr Geld als man glaubt. Wenn die Hamburger Produktion 7 Millionen Mark Spareinlagen hat, so gibt das zu denken, und hätten wir die

Aus aller Welt.

Die Flieger im Wolkenmeer.

Ueber die Eindrücke und Gefühle des Flugzeuglenkers, der sich in den Wolken seine rasende Bahn zieht, veröffentlicht Kapitän v. Pustan einige Betrachtungen:

Schon den jungen Freiballonfahrer beschleicht die ersten Male ein „eigentümliches“ Gefühl, wenn er sich mitten in den Wolken befindet und das Auge nirgends mehr haften kann, weil vorn und hinten, links und rechts, oben und unten ein weissenes Gewebe die Blicke einfängt. Kein Anfang und kein Ende, nirgends eine Grenze, nirgends ein Punkt, an den man sich anklammern kann. Der Schauer der grenzenlosen Unendlichkeit, in der das Menschenkind verloren ist, läuft einem durchs Rückenmark. Man will hinauf, hindurch durch die Wolken, um, wenn nicht die Erde, so doch die Sonne zu sehen und einen abgegrenzten Horizont. Das einzige, was Paltung gewährt, ist der Gedanke an den straffen Ballon. Der trägt einen, auch wenn man selber nichts tut. Im Flugzeug fehlt dieses Vertrauen, da hebt einen keine elementare Kraft, sondern eine Maschine von Menschenhand, die versagen kann. Man verliert darin, wenn man durch die Wolken-Milchsuppe fliegt, sogar das Gefühl für die Horizontale. Es gibt Flieger, die dann auf das Bläschen in der Wasserwaage vor sich starren müssen, um nicht den Kopf zu verlieren. Das grauenhafte Gefühl, daß das Flugzeug im nächsten Moment — nach hinten, abwärts, läßt sie sonst nicht los, trotz des ihnen entgegenstehenden Windes, der ihnen ihr Vorwärtstreiben bewirkt. Auch die majestätische und nervenbetäubende Stille des dahingleitenden Freiballons fehlt. Ohrenbetäubend donnert der Motor, brüllt der Propeller. Ungefragt horcht man auf Nebengeräusche, lauscht man, ob die Maschine noch gesund ist. Das sind Anforderungen, die kein Sport sonst stellt. Gut ab vor den Männern, die diesen Anforderungen standhalten! Nicht nur vor Hirt, dem Sieger, sondern auch vor den übrigen Weltbewohnern, die zum Teil in Regen und Hagelwettern, gepeitscht und geblendet, daherschlurmen.

Die Eisberggefahr beseitigt. Nach einer Mitteilung des Norddeutschen Lloyd scheint sich die in letzter Zeit mehrfach in nautischen Kreisen vertretene Annahme zu bestätigen, daß die bis zum Untergang der „Titanic“ von den Dampfern im Nordatlantischen Verkehr eingehaltenen Schiffsfahrtraher: von Eisbergen und Treibeis frei sind, und daß das Eis südwestwärts abgedrückt ist. Dafür spricht auch eine Meldung des Kapitäns Dahl vom Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ des Norddeutschen Lloyd, in welcher es heißt: Am 6. Juni erhielten

wir von dem amerikanischen Kreuzer „Birmingham“ (Eiswachtschiff) ein Telegramm, in welchem er mitteilt, daß nach Meldungen von 68 Schiffen und nach den Beobachtungen, die er selbst auf fünf Kreuzfahrten in der gemeldeten Eisgegend unternommen habe, tatsächlich nur ein Eisberg dort gesehen sei, und zwar am 26. Mai. Es habe sich um einen kleinen Eisberg gehandelt, der sich auf 40 Grad 54 Minuten Nordbreite und 41 Grad 20 Minuten Westlänge befunden habe.

Danach kann also von einer Eisgefahr auf den ursprünglichen international vereinbarten Schiffsfahrtraher keine Rede mehr sein, und es steht zu erwarten, daß demnächst anstatt der ausschließlich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung wiederholt südlicher gelegenen Kurze die früher innegehaltenen wesentlich kürzeren wieder aufgenommen werden, zumal schon seit geraumer Zeit derartige Wünsche des reisenden Publikums laut geworden sind.

Wie uns übrigens aus London gemeldet wird, hat die Cunard-Gesellschaft das Anfahren der White Star Line, eine Entschädigung für die Dienste, die die „Carpathia“ der sinkenden „Titanic“ geleistet hat, zu zahlen, abgelehnt.

Der Hauptmann von Köpenick nicht tot. Sei levet noch — der Wilhelm Voigt, und er fährt fort, seine Mittelwelt durch seine reizenden Ueberraschungen zu unterhalten. Der vom offiziellen Wollschien Telegraphenbureau totgelagte „Hauptmann von Köpenick“ ist noch nicht „a. D.“; er verbleibt vielmehr bis auf weiteres „z. D.“ aller Wighblätter und Scherzblätter. Wilhelm Voigt ist nicht, wie der Telegraph meldete, in einem Londoner Hospital gestorben, sondern er lebt in lausichtigen Laufschu in Thüringen und erfreut sich dort in aller Gemächlichkeit eines von der Wohlthätigkeit pensionierten Sensationshelden seiner „Vorbeeren“. Wäre es die Absicht eines smarten Managers gewesen, dies „in der Geschichte schwandende Charakterbild“ des Hauptmanns von Köpenick der weiten Öffentlichkeit wieder durch eine Tournee in Erinnerung zu bringen, dann hätte das Geschäft nicht besser lanciert werden können als durch die Londoner Nachricht vom Tode Wilhelm Voigts, der sich jetzt ins Häußchen lacht über seinen neuesten Streich, den er diesmal nicht in Köpenick, sondern dem Uckeron gespielt hat.

Naive Freude über Sittenlosigkeit? Der schlimmste Feind der Sittlichkeit ist der Sittlichkeitskämpfer. Leider fällt die Sittlichkeitsjagd bei den alten Herren des Reichsgerichts recht oft auf fruchtbaren Boden. Das zeigte wieder eine Verhandlung, die am Dienstag vor dem Reichsgericht stattfand. Uchenschalen, die in einer Porzellanfabrik in Jlnenau hergestellt sind, hat der Kaufmann Karl Dickmann vertrieben. Die Schalen trugen die Aufschriften: Wo ist die Frau? und Wo ist der Floh? Wenn man sie umdreht, so erblickt man

das nackte Gefäß einer Frauensperson und das betreffende Tier. Das Landgericht III in Berlin hat S. von der Anlage aus § 184, I freigesprochen, da die Schalen zwar unanständig seien, aber doch nicht auf den Geschlechtsverkehr hindeuteten. Auf die Reklamation des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Ein Hinweis auf den Geschlechtsverkehr ist nicht erforderlich, es genügt, wenn das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletzt wird.

Wird nun das Landgericht annehmen, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl werde durch die naive, vielleicht unverständige Darstellung der Floh- und Frauensuche verletzt?

National-Hygiene-Museum. In der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juni wurde der Entwurf auf Errichtung eines National-Hygiene-Museums mit sämtlichen gegen eine Stimme zugestimmt. Ferner nahm das Stadtverordnetenkollegium einen Antrag an, wonach der Rat ersucht wird, die Frage der Errichtung einer Unterabteilung in Dresden zu prüfen und darüber mit der Regierung in Verhandlungen zu treten.

Unwetter in Süd-Frankreich. Aus ganz Süd-Frankreich laufen Meldungen ein, die über große Schäden berichten, die durch das Unwetter angerichtet wurden. Besonders arg ist die Gegend von Reims mitgenommen worden, wo ein ungeheurer Dorn, begleitet von Hagelschlag und Regen, niederging. Der Ort Millly la Montagne ist vollständig überflutet worden und die in den unteren Geschossen hausenden Bewohnerer mußten schleuwig flüchten, da das Wasser in ihre Wohnungen einströmte. Aber auch großer Schaden an den Kulturen ist angerichtet worden. Die Weinberge bieten einen trübsamen Anblick. Die gesamte Weinernte ist vernichtet. Die Verluste sind bedeutend. Soweit bisher zu übersehen ist, sind 1/10 der Ernte durch Hagelschlag zerstört worden. Der Schaden, der allein in der Gegend von Millly la Montagne angerichtet wurde, beläuft sich auf 1 Million Francs. Die Weinberge bei Millly bieten ein Bild der Verflüchtung. Die Rebstöcke sind ihrer Trauben beraubt, so daß auf eine diesjährige Ernte kaum zu rechnen sein wird.

Unwetter in Amerika. Die Stadt Buffalo im Staat Wyoming, die in einer engen Schlucht liegt, ist durch einen Wolkenbruch vollständig vernichtet worden. Von den 2600 Einwohnern der Stadt konnte sich der größte Teil rechtzeitig flüchten, so daß die Verluste an Menschenleben gering sind.

Erdbeben in Georgia und Südkarolina. In Georgia und Südkarolina wurden heftige Erdstöße wahrgenommen. Die Häuser schwankten. Die Regenbevölkerung war in größter Aufregung.

Späterher der Arbeiter, die so dem Kapitalismus borgen, dann können wir Großes leisten. Das sehen wir ja auch im Verlaufe der Ereignisse, wo z. B. in vorigen Jahre etwa 10 Millionen Mark Versicherungsgeleiten verfallen sind. Auch in unseren eigenen Banken werden wir allmählich große Summen umlegen. Denn gehen die Gewerkschaften und die Partei ihre Arbeit nach den Prinzipien der Arbeiterbewegung weiter unter sich dem Kapital, damit es uns wieder reichlich kann. (Sehr richtig!) Wir können also durch eine moderne Konsumbewegung mehr schaffen, als sich manche heute träumen lassen.

Das Kapital wächst immer noch und wir dürfen nicht müßig stehen. Neben der Macht der Gewerkschaften und der Partei muß die Macht der Konsumbewegung wachsen werden. (Sehr richtig!) Wir haben die Forderung zu stellen, daß der Klassenbewußte Arbeiter sich Klassenbewußt auch in der Konsumbewegung betätigt. In der Schweiz, in England und Dänemark sind die Gewerkschaften viel weiter als bei uns. Die Konsumbewegung soll vollständig neutral sein, aber sozial leben, weshalb wir auch von den Frauen verlangen können, daß sie bei uns kaufen. (Sehr richtig!) Wir haben nämlich in manchen Vereinen viel Mitglieder, aber wenig Aktionäre. Die Frauen müssen den Kampf der Männer unterstützen. Der Konsumist weiß vielleicht nicht, was er tut; darum klären wir ihn auf. Ich hoffe, daß auch Sie dann eine große Konsumbewegung organisieren werden, trotz des alten Konsumvereins, der schutzherrliche von Wäldern züht, aber soziale Wirkungen nicht ausstrahlt. Dieser Verein ist nur eine Partei. Wir verlangen aber mehr, wenn der Konsumverein seinen Aufgaben gerecht werden will im Kampf gegen das bedrückende Kapital. Wir müssen also an der Arbeit, dann werden Sie bald einen schönen Erfolg erreichen. (Großer Beifall.)

Die Aussprache über den Vortrag des Genossen Rupprecht war sehr lebhaft und anregend; es äußerten sich in seinem Sinne die Genossen Rettig, Grunow, Gießmann, Hober und die Genossen Behrens.

Die Vorschriften des neuen Vereins-Statuts machen einige Uebergangs- und Ausführungs-Bestimmungen notwendig. Genosse Neulirch berichtete über die Vorschläge des Vorstandes und der Distriktsführer, und die Versammlung nahm sie ohne Aussprache an. Wir kommen darauf vor der Wahl der Vertreter noch zurück.

Die Versammlung wählte noch ein Wahlkomitee für die Stadtverordneten-Wahlen im Herbst 1912, das aus folgenden Genossen besteht: Herrmann, Hoffmann, Löbe, Th. Müller, Neulirch, Tieze, Vogel, Wittke, Riegler.

Einige Ausschlußsachen, die eine erregte Debatte hervorriefen, wurden verlag.

Maßnahmen von Postfach. Anträge auf Nachsendung von Postfächern nach außerhalb oder auf deren Bestimmung nach einer anderen Wohnung werden häufig den Briefträgern auf ihren Bestellungen übermitteln. Bei der Wichtigkeit, die ein unangefangener Postfach für seine Kreise hat, können die Briefträger sich nicht damit befassen, schriftliche Aufzeichnungen über solche Anträge zu führen. Wegen der Vielseitigkeit ihrer Dienstgeschäfte kann ein mündlich entgegengenommener Antrag dem Gedächtnis der Besteller leicht entweichen, ein mitgegebenes Fettel unter die zu bestellenden Briefkästen usw. geraten und verloren gehen. Solche Anträge sind deshalb zur Vermeidung von Unzulänglichkeiten bestimmungsgemäß schriftlich beim zuständigen Postamt zu stellen. Hierzu ist der einfache Weg, bei einem Postamt oder von einem Briefträger sich ein Formular zu einem Nachsendungsantrag geben zu lassen, es auszufüllen und am Postschalter abzugeben, oder es ohne Umschlag und unbeschriftet in den nächsten Straßenbriefkasten zu werfen.

Zur Katastrophe des „Vendemiaire“. Die Untersuchung über die Katastrophe des Unterseebootes „Vendemiaire“ hat ergeben, daß für den Zusammenstoß niemand verantwortlich ist. Der Zusammenstoß war infolge der Marschroute beider Schiffe unvermeidlich. Weiter wird mitgeteilt, daß die Insassen des Unterseebootes einen plötzlichen Tod gefunden haben, da das Boot ebenfalls entzwei geschnitten worden ist. Alle Rettungsversuche waren mithin ausichtslos.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Eine schwere Kessel-Explosion ereignete sich am Donnerstag morgen in einem Dübelbohrer-Röhren- und Eisenwalzwerk. Hierbei wurden zwei Arbeiter sofort getötet, zwei lebensgefährlich und mehrere leicht verletzt. Der Schaden ist bedeutend.

Im Betriebe des Holzwerks der Firma Thysien in Mähleheim brachen heute früh infolge Einatmens giftiger Gase vier Arbeiter bewußtlos zusammen. Der Unfall wurde sofort bemerkt. Wiederbelebungsversuche waren bei zwei Arbeitern von Erfolg, dagegen starben zwei ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Massenvergiftungen durch Schabefleisch. Mittwoch abend und Donnerstag nacht sind in Oberösterreich bei Berlin eine große Anzahl Personen, darunter 12 schwer, nach dem Genusse von Schabefleisch erkrankt. Einige der Erkrankten liegen recht bedenklich darnieder. Das Schabefleisch haben sämtliche Vergifteten, wie festgestellt ist, von einem Schlachter in der Pestenstraße bezogen. Reste des Fleisches wurden von der Polizei beschlagnahmt und nach Berlin zur Untersuchung geschickt.

Eine neue Feuersbrunst in Konstantinopel. Seit Donnerstag mittag halb zwölf steht ein Farswaren- und Benzolager im Hafenviertel von Galata in der Nähe der Börse und der neuen Brücke in Flammen. Alle Feuerwehren erschienen sofort an der Brandstätte und sind bemüht das Feuer zu lokalisieren.

Das Eisenbahnunglück in Amerika. Die ersten Meldungen über das schwere Eisenbahnunglück bei Dalton im Staate Georgia stellen sich als übertrieben heraus. Nach aus Atlanta eingetroffenen Nachrichten sind bei Entgleisung des Expresszuges nicht 150 Personen ums Leben gekommen, sondern es haben nur 2 Personen den Tod gefunden, während 50 mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Wasserschaden. Aus Bern gelangen Gerüchte, daß infolge der starken Regengüsse der letzten Tage bedeutender Schaden im Oberlande angerichtet worden ist. Namentlich sind die Eisenbahnen stark mitgenommen worden, da die Bahnhöfe untergraben wurden. Der Eisenbahnverkehr nach Frankfurt ist auf mehrere Tage gesperrt. Die Gloden in verschiedenen Dörfern läuten fortgesetzt, um die Bevölkerung herbeizurufen, damit sie sich an den Rettungsarbeiten beteilige.

Hygon. Ein juchender Hygon ist in der Nacht zum Freitag über Pisa und Umgegend niedergegangen. Durch Blitzschläge sind mehrere Feuerbrünste verursacht worden, die einen großen Schaden anrichteten. Da die Hitze in der Nacht andauerte, war es den Hausbewohnern nur möglich, das eigene nackte Leben zu retten, während ihr gesamtes Vieh, das in den Ställen eingeschlossen war, sowie fast das gesamte Mobiliar ein Raub der Flammen wurde. — Durch den anhaltenden Regen der letzten Tage sind die unteren Geschosse der Häuser, in den tiefer gelegenen Stadtvierteln unter Wasser gesetzt worden. Der Schaden beläuft sich auf über eine Million Lire.

Auf zum Frauenabend!

Montag, den 17. Juni, wird der zwölfte Frauenabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau abgehalten. Ueber die Vorfälle, die Rednerinnen und Redner unterrichtet die folgende Zusammenfassung:

- Gabitz, Zauerbrunn und Gröbischer Vorstadt.** (Distrikte 1, 2, 3, 4a) in Miltzschs Kaffeehaus, Gröbischerstraße 74. Rednerin: Genossin Friedländer.
- Nikolaitor.** (Distrikte 4, 6, 7) im „Schweizerhof“, Schweigerstraße 24. Rednerin: Genossin Foser.
- Oberior.** (Distrikte 8, 8a, 9, 9a) im Brauerei-Ausschank, Weinrichstraße. Redner: Genosse Seibold.
- Sandtor.** (Distrikte 10 und 11) bei Fischer, Michaelisstraße 24. Rednerin: Genossin Gellrich.
- Innere Stadt, Scheitlager und Ohlauer Vorstadt.** (Distrikte 12, 13, 14, 15, 16a, 18 und 19) im Gewerkschaftshaus, Maravetentstraße 17. Zimmer Nr. 1. Rednerin: Genossin Zellingner.
- Schweibulger Vorstadt.** (Distrikte 16, 16a, 17, 17a) bei Speldrich, Mendorfstr. 65. Redner: Genosse Neulirch.
- Pöbelwitz.** (Land-Distrikt 6) bei Mikulle, Pöbelwitzstraße 23. Rednerin: Genossin Lawatsch.
- Serbain-Dürrgoh.** (Land-Distrikt 14) bei Tahn, Schönstraße 21. Redner: Genosse Klonsky.

In allen Frauenabenden wird gesprochen über „Die Frauen und die Gemeindepolitik“.

Da es sich um ein für die Frauen und Mädchen sehr wichtiges Thema handelt, ist vollständiges Erscheinen aller weiblichen Mitglieder notwendig. Ihr Frauen, macht Euch also frei und geht in den Frauenabend. Vergesse keine Genossin ihr Mitgliedsbuch einzustechen, da sie sonst keinen Zutritt hat; ebenso sind die Lieberbücher mitzubringen.

Noch einmal die Preisverteilung für den Flug Berlin—Wien.

Das Preisgericht für den Flug Berlin—Wien beschloß folgende Preisverteilung: Vom Hauptpreis von 47.100 Kronen erhält Hirth 40.000 und Oberleutnant Maichle, mit dessen Prämierung sich Hirth einverstanden erklärte, 7000 Kronen. Vom Kilometerpreis von 20.000 Mark für Holzflugmaschine mit einer Etappe erhielten Hirth 6100, Maichle 6000, Oberleutnant Müller 4850 und Krieger 2850, vom Preis von 10.000 Mark für die drei besten Gesamtleistungen Hirth 5000, Maichle 3000, Müller 2000, vom Preis von 10.000 Mark für die drei ersten Luftschiffe Hirth den ersten Preis von 5000 Mark. Im ganzen erhält Hirth 40.000 Kronen und 16.100 Mark, Maichle 7000 Kronen und 1000 Mark. Hirth erhält noch den Ehrenpreis der Stadt Wien und den Ehrenpreis des Prinzen Sigismund von Brunn und hat Anspruch auf den Preis des preussischen Kriegsministeriums von 6000 Mark. Maichle erhält den Ehrenpreis des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und den Ehrenpreis des Landes Niederösterreich. Den Preis des Präsidenten des Verobts Bundes für den ersten deutschen Passagier erhält Leutnant Schoeller und den Ehrenpreis des preussischen Arbeitsministeriums für den ersten österreichischen Passagier Oberleutnant Müller.

Was kostet eine Flugmaschine?

Die Kosten einer Flugmaschine richten sich in erster Linie nach der Größe des zur Verwendung kommenden Motors. Dann aber stellt sich natürlich ein Zweifelder teurer als ein Eindecker. Wie wir einer Mitteilung der „Welt der Technik“ entnehmen, kostet ein Doppeldecker mit einem Motor von 100 PS 36.000 M. Ein Eindecker mit einem 60-PS-Motor kostet sich auf 24.000 M. Doch gibt es auch Eindecker mit 50 bis 80 PS-Motoren, die nur 16—20.000 M. kosten. Die billigste Flugmaschine, die bis jetzt gebaut wird, ist ein Zweifelder mit einem 25-PS-Motor. Sie ist bereits für den Preis von 8000 bis 9000 M. zu haben, also für dasselbe Geld, das ein billiges Automobil kostet.

Die Ursache von Biers Abzug bei dem Wettflug Berlin—Wien.

Wie man sich erinnern wird, ist Oberleutnant Bier in der Nähe von Wien abgestürzt und über glänzenden schneeigen Felder, die den Hitztag nach zwei Stunden nach Breslau gebracht hätte, verunglückt. Bier, wobei er und sein Passagier verlor und der Apparat vollständig zerstört wurde. Herr Oberleutnant Bier schreibt nun über seinen Unfall:

„Was meinen Flug betrifft, so hatten wir die ganze Strecke heftige Böen. Teils durch Zentralschicht, teils von kleinen Gewitterwolken herabströmend, die wir raschen mühten. Ich hielt mich während des ganzen Fluges in circa 300 bis 600 Meter Höhe, da diese Luftschicht nach der megenommetrischen Meinung der meteorologischen Anstalt die günstigste Windrichtung aufwies. Wir erreichten auch nach mühsamer Befahrung eine Geschwindigkeit von 130 Kilometer pro Stunde und hofften Breslau in zwei Stunden zu erreichen. Pöbelwitz nahm die Stärke der Böen darauf zu, daß wir einige Male 100 bis 200 Meter stiegen und ebenso rasch wieder hinabgeraten wurden. Die Heftigkeit der Böen konnte man deutlich an der Taumelzahl des Motors erkennen, und ich hatte vollumfänglich mit Regulierung des Motors und Erhaltung unserer Höhe zu tun. Der Apparat bewies hierbei eine tadelhafte Stabilität, jedoch ich nur sehr wenig das Höhenmesser und garnicht die Höhenverbindung betätigte. Das Höhenmesser hingegen mußte ich leibhaftig bedienen, da uns die Wirbel fortgesetzt den Kurs störten.“

Auf einmal — wir waren knapp unter schwachen Wolken — wurde der Apparat rechts herum geworfen und schab gleichzeitig hinunter. Ich fertigerte nicht plötzlich, sondern langsam immer mehr, doch leider vergebens. Trotz ganz links gebliebenem Seitenfeuer wurde der Apparat nach rechts geschwenkt und fiel dabei rapid. Ich sah mich nach den Steuern um — alles klapperte und ich konnte mir die Ursache nicht erklären. In circa sechzig Meter Höhe stellte ich den Motor an, richtete den Apparat noch ein wenig auf und erwartete das Unvermeidliche.

Bei der Untersuchung des Apparates ergab sich, daß kein einziges Seil noch Spanndraht gerissen waren, insbesondere war sowohl Höhen- als Seitenfeuer, wie auch Verbindung vollkommen in Ordnung. Die Stabilität des Apparates war, wie ich beim Fluge Leipzig—Berlin, wie auch beim ersten Teile des unglücklichen Fluges konstatiert konnte, so hervorragend, daß ich die Steuer fast durchweg frei lassen konnte, was ich selbst bei der „Taube“, die ich ein Jahr lang gefahren habe, bei so heftigen Böen nicht gewagt habe.

Ich kann mir den Unfall daher nur durch eine heftige Böenwirkung erklären, und wäre eine diesbezügliche Untersuchung von Seiten der nahe der Unfallstelle gelegenen meteorologischen Anstalt äußerst interessant, und auch sehr im Interesse der Aviation. Ich bin gerne bereit, im Verein mit Leutnant Steffen alle Details anzugehen, die zu einer wissenschaftlichen Erklärung und Nachweisprüfung dienen könnten.

Leutnant Steffen wird demnach voraussichtlich drei Wochen das Bett hüten müssen, doch ist jede Gefahr, das rechte Auge zu verlieren, beseitigt. Ebenso sind keine anderen Verletzungen gänzlich gefahrlos und befindet er sich bei guter Laune. Meine Konjuktion am linken Bein wird mich hoffentlich nur mehr wenige Tage aus Bett fesseln und fähle ich mich vollkommen wohl.“

Protestversammlung der Breslauer Schmiebe.

Am Dienstag, den 11. Juni, tagte im Cafe Restaurant, Karlsstraße, eine stark besuchte Schmiebe-Ver-sammlung. Kollege Philipp vom Deutschen Metallarbeiter-Verband besprach ausführlich die Ursachen des Schmiebestreiks in den Linke-Hofmann-Werken. Nebner schloßerte, unter welsch außerordentlichen Schwierigkeiten der Arbeitsprozess vor sich geht, und wie unpraktisch dieser angeht nach den neuesten Ertragsverhältnissen erbaute Arbeitsraum ist. Die Wochenverdienste sind bedeutend gesunken, trotzdem die Anstrengung bei der Arbeit gedachten ist. Geradezu als unerbittlich muß es angesehen werden, daß für die Schmiebe kein einwandfreies Trinkwasser vorhanden, und der letzte Ort, solcher zu erlangen, den Arbeitern noch versperrt worden ist. Selbst den treuesten der Werkleitung, den Mykalebern des Vaterländischen Arbeitervereins, war eine solche Behandlung unerträglich. Einmütig haben die Arbeiter des Betriebes die Arbeit niedergelegt und sich gelobt, dieselbe nicht eher wieder aufzunehmen, bis eine Besserung des Arbeitsverhältnisses durch die Firma herbeigeführt sein wird. Vor allen Dingen wollen die Schmiebe die letzten Verdienste wieder haben, wie sie in der alten Werkstatt erzielt wurden. Dies ist nur möglich, wenn eine Erhöhung der Arbeitspreise um 15 Prozent gewährt wird. Nachdem noch in der Diskussion eine Anzahl Nebner das Verhalten der Betriebsleitung scharf geißelt, insbesondere die schlechte Behandlung durch den Werkmeister Mühlroth gebührend geißelt worden war, wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 11. Juni 1912 im Saale des „Cafe Restaurant“ tagende öffentliche Schmiebe-Versammlung nimmt Kenntnis von den traurigen Umständen, welche im Betriebe der Linke-Hofmann-Werke vorhanden sind. Insbesondere ersucht es verwundert, daß derartige Missetaten, deren Beseitigung als selbstverständlich erfolgen mußte, in einem neu eingerichteten Betriebe vorkommen können.“

Die Versammlung spricht deshalb den im fraglichen Betriebe streikenden Schmieben ihre volle Sympathie aus und hofft, daß die Beseitigung der Unannehmlichkeiten durch einmütiges Zusammenhalten aller Kollegen recht bald herbeigeführt, wie überhaupt die Lage der Schmiebe günstiger gestaltet wird.“

Die Versammelten verpflichteten sich nach, jede Streikarbeit strikt abzulehnen, und wenn trotzdem auf deren Herstellung gedrungen wird, gleichviel in welchem Betriebe dies eintritt, ebenfalls die Arbeit niederzulegen.

Eine Oberfahrt der Delegierten des Transportarbeiter-Verbandes.

Die Ortsverwaltung des Transportarbeiter-Verbandes hatte für Donnerstag nachmittag die Delegierten des Verbandstages zu einer Dampfereise nach Wilhelmshafen eingeladen. Ohne Ausnahme waren die Delegierten dem Rufe gefolgt, und der festlich geschmückte Dampfer mit einer Musikkapelle sah eine überaus frohe Gesellschaft an Bord. So manche Wassertratte von der Nordseite mußte zwar mit kritischen Augen den gewarteten „Rahn, der bei uns zu Hause zum Frühstück holen noch zu klein ist“, und den „schmalen Graben“, auf dem sie hinausfahren sollten, aber nur kurze Zeit, und die Meinung war eine andere. Die schöne Kasserbrücke, die viele von den fremden Gästen zum ersten Male sahen, nötigte auch den ärgsten Kritiker Hochachtung ab, und die landschaftlich schöne Gegend hinter Morgenau bis Wilhelmshafen ließ manchen Russen der Bewunderung erschallen. Trotz drangvoller fürchterlicher Enge herrschte hohe Feststimmung unter den Teilnehmern. Für Stillung des Durstes während der Fahrt hatte die Ortsverwaltung ebenfalls gesorgt. Es gab sogar die Gläser mit entsprechender Widmung gratis dazu. In Wilhelmshafen gab es ein Konzert von Mitgliedern der Stadttheater-Kapelle unter Leitung des Herrn Paul Müller, im Saale wurde das Tanzbein geschwungen, und an den verschiedensten Ecken des einen Teils des großen Gartens, der für die Transportarbeiter reserviert war, ließen Süd- und Norddeutsche manchen Kantus steigen. Nur zu schnell verlogen die Stunden bei erster und heiterer Unterhaltung. Das Wasserfeuerwerk, das mit dem in Rotfeuer erstrahlenden Franzosen „D. A. V.“ seinen Abschluß und auch begeisterte Aufnahme fand, machte zum Aufbruch. Die Rückfahrt bestattete nur, daß sich nur eine Familie zusammengefunden, die ein gemeinames Faub der Solidarität umschloß. Auch die fremden Gäste werden eine schöne Erinnerung aus der Umgegend von Breslau mitnehmen.

Die Notwendigkeit der Arbeiter-Samariter-Kolonie hat sich auch an diesem Tage gezeigt. Nicht weniger als 17 Mal wurde Hilfeleistung verlangt.

*** Händlerkreise und amerikanischer Tabakruß.** Die 1. Kammer für Handelsfachen des Landgerichts in Breslau fällt am 7. Juni eine Entscheidung, durch die dem Inhaber einer Breslauer Zigarettenfabrik verboten wird, das Gerücht weiterzubreiten: Die bekannte Firma Orientalische Tabak- und Zigarettenfabrik „Denig“, Inhaber Hugo Fleck, Dresden, gehöre dem Amerikanischen Tabakruß an. Jedenfalls bildet die Vorgeschichte zu dieser Klage einen Beweis dafür, daß man über die Geschicklichkeit des Rußes in weiten Handelskreisen unterrichtet ist, sonst würde zum Zwecke des Wettbewerbes die Angabe, daß die eine oder die andere Firma dem Ruß angehöre, nicht gemacht werden und die Abwehr, die die Klägerische Firma einleitet, beweist dasselbe.

*** Deutscher Metallarbeiterverband.** Am 12. Juni fand im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, welche sich mit der Wahl eines Beamten für die Ortsverwaltung, sowie mit Entschlüssen für die Bezirksleitung und eines Beisetzers zur Ortsverwaltung beschäftigte. Die Kommission, welche die Prüfung der eingegangenen Bewerbungsschreiben für die Beamtenstelle vorgenommen hatte, brachte 3 Kollegen zur engeren Wahl in Vorschlag. Von diesen ging Kollege O. Wetzlich mit Stimmenmehrheit als gewählt hervor. In die Bezirksleitung wurden die Kollegen Schütz und Weise wieder- und als Beisitzer Kollege Wolz, der Branchenleiter der Rohrleger, neu gewählt.

*** Vermißt** wird seit dem 2. d. Mts. das 18 Jahre alte Dienstmädchen Clara Walter, das zuletzt Bismarckstraße 41 wohnhaft gewesen war. Das Mädchen ist 1,65 bis 1,80 Meter groß und hat hellblondes Haar; bekleidet war es mit weißer Bluse, blauem Mantel mit gelbem Kragen, welchem Strohhut mit grünem Sammetbande und schwarzen Schnürschuhen.

*** Gefunden** wurden drei Fahrräder, ein Spazierstock, eine leberne Markttafel, ein Damenschirm, ein Armband, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein silbernes Halsketten mit Anhänger und ein Paar Halbhandschuhe. — Zugestiegen ist ein Kanarienvogel bei Grabowitz, Vordermonats 4.

*** Verloren** wurden drei Portemonnaies mit Inhalt, ein Handtäschchen mit Inhalt, mehrere Damen- und Herrenschirme, ein Augenglas mit Goldfassung.

Achtung, Parteigenossen!

Sonntag, den 16. d. M., vom Lokal des Genossen Biemel, Westendstraße 58, aus: Agitation für die „Volkswacht“.

Alle Genossen, die von der Wichtigkeit dieser so dringenden Parteiarbeit überzeugt sind, werden gebeten, pünktlich morgen um 8 Uhr zu erscheinen. Ganz besonders ersuchen wir die Mitglieder der Distrikte 4, 6 und 7 um rege Teilnahme. J. W.: Max Aderhold.

Zum Umzuge beim Gewerkschaftsfest.

Für den Festzug am 14. Juli haben der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter zwei Festwagen und die Weltsprachengruppe Esperanto einen solchen angefordert. Von den ersteren sollen Szenen aus dem Brauereigewerbe und der Windmühlerei zur Darstellung gelangen, wofür Bestreben auch durch kostümierte Gruppen gebildet werden wird.

Der christliche Gewerkschaftsführer Eward Pfeiffer in Breslau ist, wie die christliche „Paugewerkschaft“ mitteilt, auf Antrag seines Verbandsvorstandes wegen Unterschlagung und Fälschung dem Staatsanwalt übergeben und verhaftet worden. Die Verhaftung war uns bereits seit einigen Tagen bekannt. Es mußten sich daran Gerichte, nach welchen die fehlenden Summen in Pfeiffers Klasse bis in jene Zeit zurückzahlen, wo er als konservativ-liberaler Stadtverordneten-Kandidat für das Oberamt erhebliche Summen aus eigenen Mitteln aufbrachte. Von anderen Seiten wird das besagte „Paugewerkschaft“ kündigt nähere Mitteilungen nach der gewünschten Untersuchung an. Pfeiffer ist, wie wir hören, Vater von sieben Kindern.

Die hiesige demokratische Vereinigung hielt am 10. Juni ihre Generalversammlung ab, in der zuerst ein Bericht über die Tagung des demokratischen Parteitag in Nürnberg gegeben wurde. Der Parteitag war zahlreich besucht. Aus den vom Parteitag angenommenen Entschlüsse sind besonders hervorzuheben: Abföhrlich sind Resolutionen zur Einführung der völkischen Sonntagruhe an den Reichstag zu senden; es ist in eine großzügige Propaganda einzutreten, die das Volk vor überflüssigen Belastungen durch erneute Wehroverlagen bewahrt. Ferner wurde eine Resolution gefaßt: Inhalts angenommen: Gegenüber vielfachen Mißdeutungen kommt der Parteitag die Entschlossenheit der Partei, ihre Selbstständigkeit nach rechts und links zu wahren und ihre bisher die Unterschiede, welche uns von den anderen Parteien trennen, hervorzuheben. — Zum ersten Vorsitzenden der Partei wurde Herr v. Werlach, zum zweiten Oberst Gähde gewählt. Nach beendeter Besprechung der Ereignisse des Parteitag wurde der Geschäfts- und Kassenbericht über die Tätigkeit der hiesigen demokratischen Vereinigung an letzten Geschäftsjahr gegeben. Es wurden sechs große, vorzüglich beschickte Versammlungen veranstaltet, außerdem noch eine ganze Anzahl kleiner Vorstanderversammlungen. Die Aufstellung eines eigenen Kandidaten veranlaßte eine große Arbeitsschleife und einen ziemlich großen Kostenaufwand. Trotzdem sei der Kassenbestand des Vereins gut. Die Opferwilligkeit der Parteimitglieder und ihre Heberzeugungsbereitschaft für die gute Sache der Demokratie sei unerschütterlich und sichere ein gedeihliches Weiterarbeiten für die Zukunft. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammenstellung: 1. Vorsitzender: Justizrat Rosenkranz, 2. Vorsitzender: Rediger Gustav Tschirn, Kassenführer: Gottfried Stelina, Schriftführer: Frau Kothler, Beisitzer: Frau Seelwald, die Herren Dostal, Merandl und Kügler.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Breslau. In der letzten Mitgliederversammlung ist beschlossen worden, mit Rücksicht auf das Gewerkschaftsfest das diesjährige Sommerfest ausfallen zu lassen. Die Mitglieder werden ersucht sich deshalb recht zahlreich an dem Ausflug nach Peidelsdorf am Sonntag, den 16. d. Mts., zu beteiligen. Abfahrt früh 8 1/2 Uhr vom Oberbahnhof nach Station Redlich. Sonntagabfahrt 10 Uhr. In Peidelsdorf am Bestimmungsort für jung und alt, Gesehensverteilung uhm.

Sonabend, den 15. Juni, Delegiertenwahl für den Verbandstag in den fünf bekannten Lokalen. Niemand darf fehlen.

Montag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, große öffentliche Konfektionschneider-Versammlung im großen Saale des Cafe-Restaurants, Karlsstraße 37. Sehr wichtige Tagesordnung. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Beton- und Zementarbeiter. Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokal zum goldenen Schwan: Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufstellung eines Lohnzines für die Beton- und Zementarbeiter. 2. Diskussion und Beschlußfassung.

Der Vorstand der Beton- und Zementarbeitersektion.

Bau- und Maschinenhoffer. Sonntag, den 16. Juni, allgemeiner Familienausflug nach Petersdorf. Abfahrt vom Hauptbahnhof 10.30, Abfahrt vom Bahnhof Pöpelwitz 10.45. Es wird ersucht, die angegebene Pünge zu befolgen. Für Fußgänger Treffpunkt früh 8 Uhr am Kleinbahnhof, für Radfahrer Treffpunkt früh 10 Uhr am Kleinbahnhof.

Die Branchenleitung.

Steinarbeiter. Dienstag, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses.

Arbeiter und Maschinenarbeiter! Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr: Besichtigung des Rathauses. Treffpunkt 9 1/2 Uhr am Wachtel. Um rege Beteiligung ersuchen die Branchenleitungen.

Achtung, Dienstmädchen und Hausangestellte. Sonntag, den 16. Juni: Ausflug. Treffpunkt nachmittags 4 Uhr an der Endstation der Straßenbahn in Gräbchen. Um 4 1/2 Uhr: Abmarsch nach Opperau. Tafelbesitz Belustigung aller Art sowie Tanz, Freunde und Bekannte sind eingeladen.

Arbeiter-Samariter! Heute Freitag abend Monatsversammlung im „Bier auf der Orgel“, Kupferhämmerstraße 89. Die Prüfungsgewinne und Legitimationen werden ausgeben; es ist also dringend notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen. Der Vorstand.

Gesamtspektakel des Berliner Lessing-Theaters im Schauspielhaus. Heute Freitag verabschiedet sich das Ensemble des Berliner Lessing-Theaters in Henriks Hofens Schauspiel „Die Stützen der Gesellschaft“. In den Hauptrollen sind die Damen Löffler, Grunow, Lehmann, Süssin, Albrecht, Gerty, Somary, Stolle und die Herren Marx, Stieler, Biener, Forest, Rieckel, Pauli, Sellweger, Nestler und Fuchs beschäftigt.

Gesamtspektakel des Kölner Deutschen Theaters im Schauspielhaus. Morgen Sonnabend beginnt das Kölner Deutsche Theater sein Gesamtspektakel mit dem Schwan „So'n Windhund“ von Curt Kraus und Arthur Hoffmann. — Sonntag wird „So'n Windhund“ wiederholt. — Montag wird als erste literarische Vorstellung „Gawan“, ein Mysterium in fünf Akten von Eduard Stauden, zur Darstellung gebracht. Der Verkauf der Biletts findet täglich statt, eine Vorverkaufsgeldgebühr wird nicht erhoben.

Diebische Establishment. Auf den für heute Freitag angeordneten Abende bei Rauchverbot der Revue „Es tut

sch was“ sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Im Garten konzertiert von 7 1/2 Uhr ab die Kapelle des Regiments Nr. 6 unter Leitung des Musikleiters R. Muska.

Viktoria-Theater. Die heutige Vorstellung des Ausstattungsstückes „Napoleon und seine Frauen“ mit Rudolf Zettinger als Gast, findet bei Rauchverbot statt. Anfang 8 Uhr. Von 7-8 Uhr Konzert im Garten. — Morgen Sonnabend und die folgenden Tage „Napoleon und seine Frauen“. Vorverkauf ohne Zuschlag im Theaterbureau und in den bekannten Kommanditen.

Festgarten. Nur noch zwei Abende das Festprogramm, 12 Blanznummern. Sonnabend Abchiedsvorstellung Künstler Künstler mit Ausnahme der 6 Indulzier, Aufnahmestücke, die des großen Erfolges wegen noch 14 Tage verpachtet worden sind. Sonntag, den 18. Juni, neues Künstlerprogramm. Wel ungünstiger Witterung gebaute Terrasse.

Von einem Straßenbahnzug überfahren wurde am Mittwoch nachmittag um 6 1/2 Uhr am Lessingplatz ein Arbeiter. Der Mann wollte den Fahrradweg überschreiten, wurde von dem herannahenden Straßenbahnzuge erfasst, umgeworfen und geriet unter die Schugbreiter. Vorübergehende zogen den Verunglückten hervor und trugen ihn in den Flur des Hauses Lessingstraße 1. Die inzwischen herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr stellten außer heftigen Quetschungen eine schwere Kopfwunde fest, leiten dem Verletzten einen Notverband an und schickten ihn mittels ihres Krankenwagens nach dem Allersheiligen-Hospital.

Vom eigenen Wagen überfahren wurde am Donnerstag nachmittag gegen 7 1/2 Uhr der Kutscher eines Ziegelwagens. Auf dem Nachhauwege fiel er auf der Steinstraße, Ecke Michaelsstraße aus bisher unermittelte Ursache plötzlich von seinem Fuhrwerk, geriet unter den Wagen und wurde überfahren. Die Räder des schweren Wagens gingen dem Mann über den linken Hinterkopf, der vollständig zernichtet wurde. Herbeigerufene Samariter der Feuerwehr auf der Danzigerstraße legten dem Verunglückten einen Notverband an, worauf er mittels des herbeigerufenen Krankenwagens der Hauptfeuerwache nach der Magdalenstraße geschafft wurde.

Selbstmord. Am Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr hat ein Maurer von der Wöpelwitzerstraße auf der Frankfurter Chaussee zwischen der Chemischen Anstalt in Cosel und dem letzten Hause in der Wöpelwitzerstraße, das er sich plötzlich unter die Räder eines beladenen Kleinwagens, hinter dem er zuerst eine Strecke weit eilend, geworfen hat, er ist überfahren und so schwer verletzt worden, daß er bald nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus verstarb. Die Sanitätswache vom Gaudauer Flugplatz leistete dem Verletzten erste Hilfe und überführte ihn sodann ins Hospital.

Vermisst wird seit dem 21. v. Mts. die 19 Jahre alte, bei ihrer Mutter in der Wöpelwitzerstraße 28 wohnhaft gewesene Näherin Emma Bunzel. Das Mädchen hat blondes Haar, blaue Augen und trägt rote Bluse, blaues Rock, schwarze Gürtel, bunte Schürze mit Netzträgern, schwarze Strümpfe und schwarze Schuhe.

Aus dem Landkreise.

Achtung, Distrikts- und Bezirksführer! Die Mitgliedsbücher müssen wieder Kontrolle sofort eingezogen werden; Sonntag, den 16. Juni, eilet sich am besten dazu, etwaige Restanten müssen nachgeholt werden. Genossen, regelt eure Verpflichtungen, um einen genauen Kassenbericht zu ermöglichen.

Groß-Machern. Ein ganz verbliebener Arbeiterseind ist der Gasthausbesitzer Hänsel von hier. Seit von der organisierten Arbeitersektion amiesenes Lokal verpachtet er. Um aber den Arbeitern zu schaden, wurde der Pächter vertraglich gezwungen, zu Versammlungen das Lokal nicht freizugeben. Da nun der Weich des Lokals viel zu wünschen übrig ließ, mußten mehrere Pächter vom Pertrage zurücktreten, der jetzige Inhaber wäre nicht abgeneigt, den Arbeitern sein Lokal zu geben und suchte bei Hänsel um Entbindung von der betreffenden Klausel des Vertrages nach, dieselbe wurde ihm aber glatt verweigert und deshalb kann an einen Besuch des Lokals durch organisierte Arbeiter nicht gedacht werden. Die Genossen von Groß-Machern und Umgegend und namentlich die Breslauer Ausflügler werden dringend ersucht, dies zu beachten.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

Beuthen, 14. Juni. Ueber ein mißglücktes Eisenbahntentat weiß ein Königsbitter Blatt zu berichten. Danach sollen am Dienstag Unbekannte den Versuch gemacht haben, auf der Bahnhofsstraße Vorposten-Wohrel eine Eisenbahnhürde in die Luft zu sprengen. In diesem Zwecke wurden bereits etwa 30 bis 40 Zentimeter lange Böher in die Mauer eingeböhrt. Die hiervon benachrichtigte Polizei eilte sofort an Ort und Stelle, aber die Täter waren bereits verschwunden. Die Untersuchung ist im Gange und dürfte ergeben, was Wahres an der Meldung ist.

Beuthen, 14. Juni. Töblicher Unglücksfall. Der Grubenarbeiter Boret aus Scharley ist auf dem Versuchsschacht der Königsgrube verschüttet und getötet worden.

Loß, 14. Juni. Aus Unvorsichtigkeit erschossen. Wiederum ist durch Unvorsichtigkeit mit der Schießwaffe ein Menschenleben vernichtet worden. Der Försterlehrling Josef Berg aus Rianenberg erschoss am Dienstag nachmittag auf dem Gute Dombrowka einen 14-jährigen Burschen.

Zuluth, 14. Juni. Vom „Lieben“ Nachbar. Ueber einen neuen Zwischenfall an der schlesisch-russischen Grenze wird den „Oppelner Nachrichten“ von hier gemeldet: In der Nähe von Soromski schloß ein russischer Grenzsoldat einen russischen Schmuggler, der kurz vorher die Grenze passiert hatte und sich schon auf preussischem Gebiete befand, nieder. Die Kugel drang dem Schmuggler von hinten in den Leib und kam vorn wieder heraus. Der Verletzte wurde sofort zur Operation nach Beuthen gebracht.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

nach Bresl. Ortzeit d. i. M. S. + 2 Stdn.	12. Juni Mm. 21.6	13. Juni Mm. 21.6	14. Juni Mm. 21.6
Luftdruck (C.)	+21.0	+17.5	+17.3
Luftdruck (mm. 0.76)	741.6	742.3	742.1
Luftdruck (mm)	15.0	14.4	13.3
Luftfeuchtigkeit (%)	72	94	90
Wind (0-12)	W 2	W 1	W 2
Wetter	wolig	bedeckt	bedeckt

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 5.60. Nachts und heute früh Regen.

Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 13.1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Spekt. in Bresl. 8 Uhr	Spekt. in Bresl. 10 Uhr	Spekt. in Bresl. 12 Uhr	Spekt. in Bresl. 2 Uhr	Spekt. in Bresl. 4 Uhr	Spekt. in Bresl. 6 Uhr	Spekt. in Bresl. 8 Uhr	Spekt. in Bresl. 10 Uhr	Spekt. in Bresl. 12 Uhr	Spekt. in Bresl. 2 Uhr	Spekt. in Bresl. 4 Uhr	Spekt. in Bresl. 6 Uhr	Spekt. in Bresl. 8 Uhr	Spekt. in Bresl. 10 Uhr	Spekt. in Bresl. 12 Uhr
14. 6.	11,72	10,84	12,13	0,88	3,93	1,70	4,70	2,70	1,82	1,61	1,14	0,88	1,40	1,35
15. 6.	11,92	10,42	12,58	0,24	3,82	1,96	4,78	2,77	2,09	1,79	1,88	0,88	1,88	1,27
16. 6.	11,88	10,98	12,12	0,42	3,46	2,07	4,07	2,88	1,88	1,88	1,00	0,14	1,88	1,45

*) Wassermessung 5.50 f. Kottwitz 8.50; für Breslauer (Ober) 10.50; für Breslauer (Unter) 8.27.

Neueste Nachrichten.

Die Obstruktion in Oesterreich.

Wien, 11. Juni. Die gestrige Verhandlung des Budgetkommissions im Reichsrath wurde durch die Obstruktion der Parteien nur unbedeutend gehindert. Tagesgegenstände der Verhandlung der Wehrreform in der Sitzung des Reichsraths mit einer schärferen Obstruktion. Die Sitzung wurde fast vollständig durch ruffenische Obstruktion unterbrochen. Gegen 10 Uhr Abends beendete der Reichsrath seine 2 1/2 Stunden dauernde Arbeit. Um 10 Uhr 15 Minuten dauerte die Sitzung noch fort. Die nach dem ruffenischen Abgeordneten Reichsrath vorgeworfenen Redner der ruffenischen Parteien verzichteten auf das Wort oder beschränkten sich auf die Vorlage von Resolutionen. Der Reichsrath v. Koller brachte einen Antrag ein, der für 1912 die Aushebung eines erhöhten Rekrutenkontingents auf Grund der Wehrreform beschließen will. Dieser Antrag hatte den Zweck, die Einordnung einer besonderen Rekrutenvorlage, deren rasche Erledigung die Obstruktion der Parteien im Wege sieht, überflüssig zu machen. Um 11 1/2 Uhr sprach ein ruffenischer Redner weiter.

Wien, 13. Juni. Im Wehrausschuß machte der Ruffen Haczynski, der seit 10 1/2 Uhr sprach, um 5 Uhr früh eine Pause, worauf er seine Rede fortsetzte. Landesverteidigungsminister Georgi und Sektionschef Reuter, die den ganzen Tag der Sitzung des Wehrausschusses beigewohnt haben, verblieben auch die Nacht im Sitzungssaal.

Die Frau als Landtagsabgeordnete gewählt.

Prag, 14. Juni. Bei der gestrigen Landtagswahl im Bezirk Hünburg, Jung-Bunzlau wurde die tschechische Schriftstellerin, Frau Kungatyová, als Abgeordnete in den böhmischen Landtag gewählt. Der Statthalter von Böhmen wird der Gewählten die nötige Beglaubigung erteilen.

Vom italienisch-türkischen Kriege.

Saloniki, 14. Juni. Das hiesige jung-türkische Komitee erhielt die dringende Meldung von den bevorstehenden Operationen der italienischen Flotte gegen die Inseln von Smyrna, unter gleichzeitiger Besetzung der Inseln Helene, Ghios und Lemnos. Der Wall von Smyrna wurde beauftragt, die gesamten Archive in Sicherheit zu bringen.

Paris, 14. Juni. „Echo de Paris“ berichtet aus Rom: Aus verschiedenen Teilen des Landes werden außerordentliche Truppenbewegungen, sowie die Entsendung von Arleasmatierial gemeldet. Die Garnisonen von zwei der größten lombardischen Städte haben die Mobilisierungsbefehle erhalten. Von Venedig werden große Vorräte Munition nach unbekanntem Orten abgeholt. 4 Sanitäts-Verzete des Militärhospital von Venedig haben gestern die Stadt verlassen, um zu den Linsen zu stoßen, die für die Besetzung der Inseln Ghios und Mytilene bestimmt sind. Dem Kommando zufolge war in dem Befehl ausdrücklich der Name der beiden Inseln bezeichnet worden.

Paris, 14. Juni. In der Wölke kursierte gestern das Gerücht, daß die abermalige Schließung der Dardanellen bevorstehe.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

- Freitag, den 14. Juni:
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
Gewerbegerichts-Beisitzer. Versammlung im Zimmer 1.
Völkischer-Versammlung. Abends 7 1/2 Uhr im Zimmer 2.
Sonntag, den 16. Juni:
Hollender-Versammlung vormittags 9 Uhr.
Schiffzimmerer. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Zimmer 2.
Steinarbeiter. Samstag von 10 bis 12 Uhr im Zimmer 7.
Sängerbund. Anschlußsitzung im Zimmer 3.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Donnerstag, den 20. Juni:
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 8a (Oberort).
Sonntag, den 16. Juni verankalten wir im „Bergkeller“ unser Sommerfest unter Mitwirkung von Arbeiter-Sängern, Turnern und Radfahrern. Großes Gartenkonzert, Kinderbelustigungen, Feuerwerk werden geboten, so daß bei dem billigen Eintrittspreise von 19 Pfg. auf Massenbesuch gerechnet werden kann, zu dem wir unsere Freunde und Genossen auch der anderen Distrikte einladen. Die Distriktsleitung.

Distrikt 14 (Chlauer Tor).
Sonntag, den 16. Juni: Ausflug nach Heidekreischam. Treffpunkt früh 5 1/2 Uhr im Distriktslokal, Königgräberstraße 10. Abfahrt des Zuges vom Oberbahnhof 6.30. Bei schlechtem Wetter findet der Ausflug acht Tage später statt.
Distrikt 16a (Böhrauer Tor) und Distrikt 17a (Schweidnitzer Tor).
Den Genossen und Genossen zur Nachricht, daß unser Ausflug am 22. Juni nach „Schillerstraße“ geplant ist. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr am Braubau auf den Teichäckern. Um rege Beteiligung auch der umliegenden Distrikte ersucht. Das Komitee.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.
Landdistrikte 1 und 2. Bezirk Schwowitz, Drahenbrunn, Wüstendorf, Riechen, Steine und Santsch. Sonntag, den 16. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Drahenbrunn beim Gastwirt Kieseling. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Growia. 2. Unsere Agitation. 3. Verschiedenes. — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Landdistrikt 10. Bezirk Opperau. Montag, den 17. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Mietwisch. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Growia. 2. Unsere Agitation. 3. Verschiedenes. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Landdistrikt 16. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Holz in Stabelwitz. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Growia. 2. Unsere Agitation. 3. Unsere Berichterstattung. 4. Verschiedenes. Der Distriktsführer.

Landdistrikt 18. Bezirk Rachen. Klein-Feidau. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Frau Leupold in Klein-Feidau. Tagesordnung: 1. Wahl eines Bezirksführers. 2. Unsere Agitation; Redner: Genosse Dronsky. 3. Bericht von der letzten Gemeindevertreterversammlung.

Konjunkt- u. Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend. Hauptlager Gubenstraße 74, Fernlau: Leutenstraße 33, Wärenstraße 28, Belmerstraße 46, Dostalstraße 3, Gräbchenstraße 48, Wiltenbruchstraße 19, Werkestraße 5, Vorwerkstraße 61, Kreuzburgerstraße 15, Kleine Scheitnigerstraße 18, Deutsch-Billa, Dybenruferstraße 1a, Straßel, Gerichtskreischam, Kohlenlager in Breslau, Neue Zauernienstraße 11. Eintrittsgeld 50 Pfg.

*) Wassermessung 5.50 f. Kottwitz 8.50; für Breslauer (Ober) 10.50; für Breslauer (Unter) 8.27.

Sonnabend, den 15. Juni 1912.

8. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Die Sitzung vom Donnerstag brachte ein mehrstündiges Referat des Verbandsvorsitzenden Schumann über

„Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter im Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.“

Der Redner schilderte zunächst die Grundlage, auf der sich das Koalitionsrecht der Transportarbeiter aufbaut und ging dann zu den Versuchen über, das Koalitionsrecht einzuzengen und für große Teile der Transportarbeiterschaft gänzlich zu beseitigen. Die vom Referenten vorgelegte Resolution lautet:

Der 8. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes protestiert nachdrücklichst gegen die Bestrebungen, den im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe zu Lande und zu Wasser beschäftigten Arbeitern und Angestellten das Recht der Koalition durch gesetzliche Bestimmungen oder auf dem Verordnungswege zu entziehen, bezw. eine Einschränkung dieses Rechtes herbeizuführen.

Der Verbandstag fordert vielmehr Garantien dafür, daß die Ausübung des Koalitionsrechtes der in Frage kommenden Arbeiter und Angestellten gegen alle Hindernisse beziehungsweise Unterbindungsversuche von Unternehmern und Behörden durch Schaffung entsprechender Strafbestimmungen sichergestellt wird.

Insonderheit protestiert der Verbandstag gegen alle Maßnahmen, die das wichtigste Korrelat des Koalitionsrechtes, das Recht der Kontrolle bei Arbeitseinstellungen, zu beseitigen oder dasselbe zu beschneiden.

Der Verbandstag erblickt in dem diesbezüglichen Eingreifen der behördlichen Organe zu Gunsten des Unternehmertums einen Lagrange-Rechtsbruch. Er verlangt deshalb, daß auch das Recht der Kontrolle bei Arbeitseinstellungen den Arbeitern durch gesetzliche Bestimmungen ausdrücklich garantiert und dessen Verletzung durch Schaffung entsprechender Strafbestimmungen geahndet wird.

Die Verbote, die von der preussischen Eisenbahnverwaltung in die Arbeitsordnung, genannt „Gemeinsame Bestimmungen für Arbeiter aller Dienstzweige der preussischen Staatsbahnverwaltung“ aufgenommen worden sind, stellen sich als der Ausdruck eines brutalen Unterdrückungssystems und als eine folgenreichere Mißachtung der Reichsgesetzgebung seitens der Eisenbahnverwaltung dar, denn diese Verbote verstoßen gegen die Reichsverfassung und gegen das Vereinsgesetz.

Der Verbandstag protestiert gegen diese Behinderung der in der staatlichen Transport- und Verkehrsanstalten tätigen Personen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und in der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, die aber gesetzlichen Grundregeln entbehren und dem Rechtssinn der Mehrheit des Volkes ein Schlag ins Gesicht ist.

Der Verbandstag protestiert gegen die behördlichen Unterstellungen, daß der Versuch einer Versammlung oder die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband unehrenhaft und mit der Stellung eines Staatsbediensteten unvereinbar ist. Der Deutsche Transportarbeiterverband steht auf gesetzlicher Grundlage und weder eine ideellen noch materiellen Bestrebungen und staats- oder ordnungsfeindlich.

Die Delegierten des Verbandstages erklären, aus Anlaß solcher unerhörten behördlichen Gewaltakte noch mehr als bisher aufklärend unter den Arbeitern und Bediensteten der Staatsbahnen zu wirken und sie dem Deutschen Transportarbeiterverband als Mitglieder zuzuführen.

In der kurzen Diskussion beleuchteten einige Delegierte in laudabler Empörung den verbrecherischen Terrorismus jener Eisenbahnbehörden, die pflichttreue Leute, die jahrzehntelange Dienste hinter sich haben, wegen ihres freien Gebrauchs des Koalitionsrechtes aus den Betrieben herauszureißen und durch Verbreitung blöder Subtilitäten die Köpfe der Eisenbahner zu versteinern suchen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen, ferner wurde der Beschluß gefaßt, das gestrige Referat von Paul Müller und das heutige von Schumann als Protokolle überarbeitet den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Dann wurde in die Beratung der Punkte zum Statut eingetreten, wobei als Berichterstatter der Statutenberatungsausschuss von Herberich fungierte.

Nach kurzer Debatte wurden mittags 1 1/2 Uhr die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Der Nachmittag wird für einen gemeinsamen Ausflug nach Wilhelmshafen verwendet.

18. Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Auf dem letzten Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter, der vor zwei Jahren in Berlin tagte, wurde der Zusammenschluß der Verbände der Brauerei- und der Mühlenarbeiter beschlossen. Am Montag trat man im Gewerkschaftshaus in Mannheim zum ersten Male seit der Verschmelzung und zum schließlichen Male seit Gründung des ehemaligen Brauereiarbeiterverbandes die Abgeordneten der Mitglieder des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes zusammen, um Rückschau zu halten über die Geschäftsperiode seit dem letzten Verbandstage und über neue Mittel und Wege zur Kräftigung und zur Ausbreitung der Organisation zu beraten und dem Verbandsvorstand dazu neue Richtlinien vorzuschlagen. Dabei wird auch die Frage aufgeworfen werden: hat sich der Zusammenschluß beider Verbände bewährt? Sind die begehren Hoffnungen erfüllt worden? Der Verbandsvorstand beantwortet in seinem Geschäftsbericht diese Fragen dahin:

„Die Eingliederung des Mühlenarbeiterverbandes erfolgte ohne alle größeren Schwierigkeiten und mit wenigen Ausnahmen war das Zusammenleben sowohl in den Zahlstellen wie auch in der Hauptverwaltung ein recht verträgliches und kollegiales. Für diejenigen Vertreter der Verschmelzung, welche sich nicht geradezu überwindlichen Schwierigkeiten hingegen haben, dürften die in jeder Hinsicht zu verzeichnenden Fortschritte durchaus befriedigend sein. Völlig fremd der Verhältnisse werden ihre Erwartungen voll erfüllt finden.“

Der Rechenschaftsbericht umfaßt die Tätigkeit in den Jahren 1910 und 1911. Die Berichtsperiode stand völlig im Zeichen wirtschaftlichen Aufschwungs. Dieser kam natürlich auch der Brauerei- und Mühlenindustrie zugute. Während die Berichtsperiode der Jahre 1908 und 1909 die Folgen der Brauereierhöhung und der daraus entstandenen Verteilung widerlegte, hat sich im Laufe des Jahres 1910 die Brauereierhöhung wieder schrittweise erhebt und damit besonders günstige Witterungsverhältnisse für die Mühlenindustrie geschaffen. Die Folgen der Brauereierhöhung sind allenthalben ganz zu übersehen. Die vorgenommenen Preissteigerungen, die allerdings vielfach auf harten Widerstand bei den Konsumenten gestoßen sind, haben größtenteils die Steuererhöhung reichlich wettgemacht. Das zeigen am besten die leistungsfähigen Mischbierereien, die bei etwa gleichbleibenden Produktionsmengen zum Teil wesentlich höhere Reingehalte gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen haben. Dazu trugen auch niedrige Rohmaterialienpreise wesentlich bei. Nicht von den aus schließlich auf Wasserkraft angelegten Mühlen, die im letzten Sommer viel unter Wassermangel zu leiden hatten, ab, dann ist auch für die Mühlenindustrie die Konjunktur während der beiden letzten Jahre günstig gewesen.

Die auf dem Gebiet der Agitation gegebenen günstigen Vorbedingungen wurden seitens des Verbandsvorstandes wie der übrigen Verbandsorgane reichlich ausgenutzt. In verschiedenen Landesstädten sind besonders viel Verbandsgruppen und schwer zu beanderndem Boden wurden den Bezirksleitern noch Anhaltspunkte zwecks Agitation zur Verfügung gestellt und in einer ganzen Reihe Städte wurden Beamte angestellt. Insgesamt sind für den Verband 15 Bezirksleiter und 31 Angestellte in den größeren Zahlstellen im Aufwandslist tätig. Die Erfolge der intensiven betriebenen Agitation sind auch nicht auszulassen, wenn auch diese, wie der Vorstand sagt, größtenteils der glänzenden Geschäftskonjunktur zu danken sind. In der Berichtsperiode 1908/09 stieg die Mitgliederzahl um nur 819, in der letzten Periode aber um 3311. Bei Beginn der Geschäftsperiode, am 1. Januar 1910, zählte der Verband 33.597 Mitglieder. Der Anstieg der Mühlenarbeiter, 1. Oktober 1910, brachte ihm 4158 tüchtige Mitglieder, und Ende 1910 scharten sich bereits 41.277 Mitglieder um die Fahne des Verbandes. Das ist für 1910 ein Zuwachs an neuen Mitgliedern um rund 3000. Im Jahre 1911 betrug dieser Zuwachs aber über 6000! Die Mitgliederzahl stieg auf 47.669, worunter sich 1249 weibliche Mitglieder befinden. Der Fortschritt des Verbandes ist also ein sehr erfreulicher.

Die Tätigkeit des Verbandes für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder war ebenfalls eine hehrliche. Kampfbewegungen wurden in der Berichtszeit 748 mit 1623 Betrieben und 46.270 Beschäftigten unternommen. Davon verliefen 510 erfolgreich, 216 mit teilweisem Erfolg und 23 waren erfolglos. Ohne Streit fanden 635 Bewegungen mit 1453 Betrieben und 41.326 Personen ihre Erledigung. Bei 113 Bewegungen mit 170 Betrieben und 4951 Beschäftigten kam es zur militärischen Niederlegung. Dazu kommen noch 48 Abwehrstreiks und 9 Ausparierungen. Erreicht wurde durch diese Bewegungen: im Jahre 1910 eine Arbeitszeitverkürzung für 19.902 Per-

sonen um 70.521 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 26.759 Personen um 19.615 Mark; im Jahre 1911 eine Arbeitszeitverkürzung für 11.151 Personen um 24.666 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 15.579 Personen um 33.123 Mark. Das ergibt in den beiden Jahren zusammen für 31.056 Personen 109.177 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 42.334 Personen 27.534 Mark Lohnerhöhung pro Woche. Also ganz schöne Erfolge!

Die meisten Lohnbewegungen endeten mit Abschluß von Tarifverträgen. Im Jahre 1910 wurden 313 Verträge für 776 Betriebe mit 26.927 beschäftigten Personen und im Jahre 1911 311 Tarifverträge für 529 Betriebe mit 11.099 beschäftigten vereinbart. Am Ende der Berichtsperiode befanden sich 795 gültige Verträge für 1587 Betriebe mit 51.510 beschäftigten Personen.

Der Kassenzustand weist für die Berichtszeit eine Einnahme von 2.081.871 Mark und eine Ausgabe von 1.636.125 Mark auf. Die Mehreinnahme beträgt also 395.746 Mark. An Beiträgen wurden 1.009.578 Mark vereinnahmt. Der Mühlenarbeiterverband brachte ein Vermögen von 78.331 Mark als Morgengabe. Von den Ausgaben setzen sich: an Unterhaltungen Kosten insgesamt an die Mitglieder 816.500 Mark und zwar für Krankenunterstützung 339.130,90 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 113.721 Mark, für Sterbegeld 13.162,84 Mark, an Gemahregeld 16.396,23 Mark, Unterhaltung in Notfällen 15.067,20 Mark, Unterhaltung anlässlich der Brauereierhöhung 7318,65 Mark, für Umzugskosten 1026,50 Mark, Rechtschutz und Gerichtskosten 21.819,45 Mark, Streiks und Ausparierungen im eigenen Verein 252.311,85 Mark. Für die Agitation wurden 113.210 Mark, für die Lohnbewegungen 154.805 Mark und für die Verbandszeitung 30.203 Mark aufgewandt.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages standen neben den Geschäftsberichten und der Statutenberatung Referate über „Erfordernisse und Praxis der Verwaltungsaufgaben“ und „Mittel- und Fernsicht der Lohnbewegungen und Kämpfe“. Der diesjährige Verbandstag hat Aufgaben besonders wichtiger praktischer Natur zu erledigen. Er wird sich in der Hauptsache dem inneren Ausbau des Verbandes widmen.

Mannheim, den 11. Juni 1912.

Der Verbandstag wurde gestern Abend mit den üblichen Begrüßungsreden vom Verbandsvorsitzenden, Egel, beginnend. Er ist von 68 Delegierten, 4 Vorstandsmitgliedern, 15 Beisitzern und so einem Vertreter des Ausschusses und der Redaktion besetzt. Als Gäste sind anwesend: Vertreter der Arbeiterverbände von Amerika, Oesterreich, Schwyz und Niederlande. Die vorgelegene Tagesordnung wurde bestätigt.

In der heutigen Sitzung gab Verbandsvorsitzender Egel den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes. Er verwies auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten, und ergänzte diesen in einigen Punkten. Die erste Aufgabe des Verbandes nach dem letzten Verbandstage sei gewesen, die Verschmelzung möglichst rasch und gut durchzuführen. Diese sei restlos vollzogen worden. Die Stokraft der Mühlenarbeiter habe sich durch die Verschmelzung verdoppelt. Die Mühlenarbeiter haben in der Berichtszeit stark im Kampfe gestanden. Es mußte aber anerkannt werden, daß die Mühlenarbeiter ihre Kämpfe und Unterhaltungen selbst bezahlt haben. Durch die Verschmelzung sei die Agitation außerordentlich befruchtet worden. Er (Redner) könne mit Freude konstatieren, daß der Verband heute 50.000 Mitglieder zähle. (Bravo!) Egel besprach dann die Grenzstreitigkeiten. Man höre auch hier die alten Klagen, die fast auf jedem Verbandstage vorgebracht werden — nur in ungelegelter Form. Die Brauerei seien, wie die Gemeindeglieder, auf dem Standpunkt der Berufsorganisation festhalten. Egel betonte nun, der Verband müsse der Auslegung der Hamburger Resolution des Gewerkschaftskongresses durch die Vorstandskonferenz Rechnung tragen. Sie hätten sich dem Juwage gefügt, aber ohne ihre Überzeugung aufzugeben. Die Entwicklung lasse sich keine Grenzen setzen, die Betriebsorganisationen würden kommen. Kartell-Verträge habe der Verband mit mehreren Organisationen abgeschlossen. Unmöglich sei es gewesen, mit den Transportarbeitern eine Verständigung zu erzielen. Diese verlangten die Bierfahrer, für den Brauereiverband sei es aber eine Lebensfrage, daß die Bierfahrer seiner Organisation angehören. Hier sei die Selbsthilfe am besten. Der Redner ging dann auf die Lohnbewegungen ein, die wir schon im Vorbericht ziffernmäßig besprochen haben. Der Beschluß als Kampfmittel dürfe möglichst wenig benutzt werden. Besonders die Mühlenarbeiter müßten warnen, in dieser Hinsicht zu optimistisch zu sein. Bei dem großen Kampf des schweizerischen Verbandes der Lebens- und Genusmittelarbeiter im Jahre 1910 habe der deutsche (wie auch

Aus dem Reiche der Technik.

Die einheitliche Versorgung Deutschlands mit elektrischer Energie.

Auf dem am 7. Juni abgehaltenen Tagung des 20. Jahresversammlung des Verbandes deutscher Elektrotechniker hielt Regierungsbauinspektor A. D. Barckhausen einen interessanten Vortrag über die einheitliche Versorgung Deutschlands mit elektrischer Energie. Er ging aus von dem Idealzustand für das Deutsche Reich, der erreicht ist, wenn alles mit elektrischer Kraft betrieben wird, und zeigt, welche ungeheure wirtschaftliche Vorteile eine einheitliche Versorgung unserer Industrie und unserer Landwirtschaft mit elektrischer Energie zur Folge haben würde. Es ist heute möglich, durch Spannungen von 100.000 bis 150.000 Volt, die wir sicher beherrschen, vorhandene Energie auf alle für uns praktisch in Frage kommenden Wirtschaftszweige zu übertragen. Es sei nur an das Projekt der Versorgung von Paris durch die Rhône-Wasserkraft erinnert und an die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn vom Kraftwerk von Bitterfeld aus. Das Loslösen von den engen Grenzen für die Kraftverteilung hat uns die Möglichkeit gegeben, die Kraftzeugung zu zentralisieren und die Energiezentralen am Ort ihres Vorhandenseins auszurufen. Wir sind in der Lage, Wasserkraft an beliebigen Stellen durch elektrische Kraftübertragung zu verwerten. Die Kohle wird nicht mehr dem Eisenbahnwagen anvertraut, der sie im Schneltempo dem Dampfkessel zuführt, sondern mit Höchstgeschwindigkeit als Elektrizität am blauen Draht dem Verbraucher zu, der sie gerade im Augenblick nötig hat. Für die Versorgung von Süddeutschland würden die vorhandenen Wasserkraft ausreichen. Die Eisenbahnen Sachsens, Bayerns, Württembergs, Badens und die von Elbstrombrücken könnten durch die Wasserkraft Süddeutschlands mit elektrischer Energie versorgt werden, und es blieben also nur die Bahnen der preussisch-belgischen Eisenbahngemeinschaft für die Versorgung durch Dampfstraßenwerke übrig. Die Abschließung, die hierfür in Frage käme, wären 6 Millionen

Kilowatt. Die Energiequellen, die Deutschland zur Verfügung stehen, beschränken sich für Norddeutschland fast ausschließlich auf Kohle. In Wasserkraften können höchstens in Schpreußen die Angerapp und Nissa bei Zisterburg in Frage. Die Ausnutzung der Wasserkraft des masurenischen Schiffbaukanals hat man aufgegeben. Zur Erzeugung der notwendigen Leistung von 60.000 Kilowatt in Westpreußen wäre die Errichtung von nicht weniger als 100 Kraftwerken mit einem Anlagekapital von 45 Millionen Mark erforderlich. Der Betrieb dieser 100 Kraftwerke aber würde für eine einheitliche Versorgung zu den größten Schwierigkeiten führen. Ebenso schwierig liegen die Verhältnisse in Pommern und Posen. Die einzige Wasserkraft, die dort verwendbar wäre, wäre die der Wrahe, jedoch dürfte der Ausbau nur bei einer etwaigen Kanalisierung dieses Flusses von wirtschaftlichem Werte sein. Die Wasserkraft der Herzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sowie der Provinzen Brandenburg, Hannover und Schleswig-Holstein sind gleichfalls so unbedeutend, daß sie für große Kraftbetriebe nicht in Frage kommen. Die Wasserkraft Schlesiens sind zum Teil schon ausgebaut. Die Wasserkraft Mitteldeutschlands und der Rheinprovinz sind nur gering zu veranschlagen, sie sind ebenso wie die Wasserkraft der Ebertalsperre und der Diemelperre bezw. der Spere zur Schiffbarmachung der Aller und Weser nur in Verbindung mit Wasserstraßen nutzbar auszubauen. Auch die Benützung von Ebbe und Flut kommt wirtschaftlich noch nicht in Frage. Auch die 150.000 Tons Petroleum, die jährlich in Deutschland gefördert werden, werden zum größten Teil noch für andere Zwecke als zur Kraftgewinnung in den nächsten Jahren Verwendung finden.

Die Ausnutzung anderer Energiequellen, wie Wind und Sonnenstrahlen, sind nicht von besonderer Bedeutung. Es bleibt also nur Kohle und Torf zum Betriebe der Großkraftwerke übrig. Die Steinkohlenvorräte Deutschlands sind auf 200 Milliarden Tons zu schätzen. Bei der heutigen Förderung würde diese Menge für 1354 Jahre genügen. Aber das Vorkommen von Steinkohle beschränkt sich eigentlich in Deutschland auf zwei Gebiete, Schlesien und die Rheinprovinz. Will man die Steinkohle direkt an der Grube ausnutzen, so müßte man mit dem Kräfteverbrauch eines Kreises von circa 400 Kilometern Radius bestreiten.

Auf einen weitaus größeren Teil Deutschlands erstreckt sich das Vorkommen der Braunkohle. Die heute noch gewinnbare Menge an Braunkohle ist auf 8 Milliarden Tons zu schätzen. Bei der jetzigen Art der Förderung würde diese Menge noch für 100 Jahre reichen. Da die Förderung aber außerordentlich schnell ansteigt, so dürfte man mit einer Förderdauer bei den jetzt erschlossenen Kohlenfeldern von höchstens 50 bis 60 Jahren zu rechnen haben. Eine weitere Kraftquelle stellen die Torflager Deutschlands dar. Es werden auf circa 2 1/2 Milliarden Hektar geschätzt. Die größten Torflager befinden sich in Hannover und Oldenburg mit 663.000 Hektar. Die Torflager dieser Provinz sind insbesondere günstig für den Abbau, weil sie zum größten Teil aus Hochmooren bestehen. Eine ganze Reihe Gründe sprechen dafür, der Braunkohle und dem Torf größere Beachtung zu schenken als der Steinkohle.

Redner untersucht nun im einzelnen, wie sich die Verteilung der Kraftwerke über Deutschland an der Hand der Energiequellen gestaltet. Er bespricht dann die Größe und Lage der einzelnen Kraftwerke sowie die Möglichkeit der Übertragung der elektrischen Energie. Wir haben heute bereits die Spannung von 100.000 Volt in einer bestehenden Anlage gemessen, und es dürfte nicht schwierig sein, auf eine Spannung bis 150.000 Volt (!) hinauszugehen. Diese Spannung aber wird so ziemlich die Grenze sein, die mit den heutigen Mitteln erreicht werden kann. Redner stellt weiter eingehende Berechnungen an über die Anlagekosten und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der Bau von großen Kraftwerken mit Spannungen von 100.000 bis 150.000 Volt jedenfalls die wirtschaftlichste Form der Kraftzeugung darstellt. Er empfiehlt dann vor allem die Benützung von Torf und den Abbau von Torfgruben. Der dadurch gewonnene neue Kulturboden ist mit möglicher Eile zu bearbeiten, um unseren Reichthum an Menschenmaterial anzufüllen und um Getreide und Vieh für die Volksernährung zu schaffen. Es ist ausgerechnet worden, daß auf unseren Mooren 70.000 Bauernfamilien angegliedert und daß die Moore, als Weide benutzt, Ferkel für 15 Millionen Menschen liefern könnten. Bei ausschließlicher Verwendung des Torfs, könnte man den Energiebedarf Norddeutschlands für 25 Jahre decken. Was ist gar so jetzt in Deutschland mit einer genauen Feststellung der Moorflächen bestritten.

der Österreichische und des amerikanischen Verbands die Schweizer Kollegen mit dem unterstellt. Der Verband habe den Schweizern über 80.000 Mark zur Verfügung gestellt. Die internationale Solidarität habe es ermöglicht, daß der schweizerische Verband sich nicht nur wieder ausgerichtet habe, sondern heute gefestigter wie je dastehet.

Den Kassenbericht erstattete Ragerl-Berlin. Am Schlusse der Geschäftsperiode hatte der Verband ein Vermögen von 1.668.690 Mark. Die Mehreinnahme gegenüber der vorletzten Periode betrug 547.689 Mark, die Mehrausgabe 546.201 Mark. (Die wichtigsten Ausgaben haben wir bereits gemeldet.) Der Kassierer hofft, daß der Verbandstätige Beschluß faßt, die eine Stärkung der Finanzen nach sich ziehen.

Die Berliner berichtete für die Redaktion. Das Verbandsorgan hatte 1911 eine durchschnittliche Auflage von 51.287 Exemplaren pro Nummer. Es wurde in der Berichtzeit vergrößert. Der Redakteur klagte über mangelhafte Berichterstattung über Lohnbewegungen.

Für den Verbandsauschuß gab Wittich-Frankfurt a. M. den Bericht. In der Berichtzeit kam es zu Differenzen mit dem Vorstand über die Kompetenzen des Ausschusses. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß er bei der Anstellung aller Beamten — die von der Hauptkasse bezahlt werden — mitzumischen habe. Der Hauptvorstand hingegen vertritt den Standpunkt, daß über die Anstellung von Lokalbeamten nur er und die Lokalkassen zu befinden haben. Der Hauptvorstand sucht, erstens, wenn ihm der Ausschuß nicht zustimmt, auf irgend einem Wege zum Ziele zu kommen. Die Entscheidungen des Ausschusses müßten aber bis zur Entscheidung der höchsten Instanz, des Verbandstages, beachtet werden. Der Verband habe zu viel Beamte, da müsse stark gekürzt werden.

Verbandsabwesender Giesl vertrat den Standpunkt des Vorstands zu dieser Frage. Der Ausschuß sei lediglich Überwachungs- (Kontroll-)Instanz, nicht aber ausführende Organ. Bei der Anstellung von Lokalbeamten könnten doch die Zahlstellen, der Qualifikation und der Vorlauf, besser die Entscheidung über die Notwendigkeit einer Anstellung fällen, wie der Ausschuß, der die Verhältnisse nicht so genau kennt.

In der nun folgenden Debatte traten die meisten Redner in dieser Frage auf die Seite des Vorstandes. Dessen allgemeiner Tätigkeit wurde Anerkennung gezollt. Die Verschmelzung mit den Mühlensarbeitern habe nur Vorteile gebracht. Den breitesten Raum nahm die Behandlung der Grenzzeitungsfrage ein, die in allen Variationen erörtert wurde. Die Klagen richteten sich gegen die Transportarbeiter, Maschinenführer und Heizer und Fabrikarbeiter. Auch gegen die Kartellverträge mit anderen Verbänden machte sich Unzufriedenheit bemerkbar. Der einzige Kartellvertrag, der einen praktischen Wert habe, sei der mit den Bauarbeitern. Den Fabrikarbeitern habe man Sonderrechte eingeräumt.

Durch Schlußwort wurde die Debatte beendet. Dann folgten die Schlussworte. Die Verhandlungen wurden hierauf am Mittwoch beendigt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Juni.

Breslau im Arbeitswilligenschuß voran!

Das beweist so ziemlich jeder Tag. Mögen die Streitenden tun, was sie wollen, fast immer, wenn sie an die guten Arbeitswilligen heranzukommen berufen, werden sie bestraft.

Der Arbeitswillige Ernst Thiel war während des vorjährigen Streikstreiks beim Glasermeister Georg Polzmann auf der Reußenwiese, Ecke Reußenstraße, beschäftigt. Thiel hatte anfangs keine Beteiligung am Streik zugelassen, wickelte aber später doch den Arbeitswilligen. Der Leiter des Streiks, Kollege Ritsche aus Berlin, delegierte am Abend des 8. September 1911 in Begleitung des organisierten Glasers Bensch und noch einiger anderer Glaser an das Holzmannsche Geschäftsfotel, um Thiel nach Feierabend einmal zu sprechen. Das mußte Holzmann jedenfalls gemerkt haben, denn er begleitete den Arbeitswilligen auf dem Heimwege. Mithie ließ sich jedoch durch die Anwesenheit Holzmanns nicht beirren; er ging auf Thiele zu und sagte: „Kollege Thiele, ich möchte Sie einmal sprechen; am besten wäre es, wir gingen in ein Lokal, da läßt sich's besser verhandeln, als auf der Straße“. Holzmann wurde durch diese Worte in große Aufregung versetzt und er holte einen Schutzmann herbei, der die Namen der Streitenden feststellen mußte. Die übliche Anklage wegen Vergehens § 153 der Reichsgewerbeordnung ließ nicht lange auf sich warten. Nach der Anklageschrift sollen Mithie und Bensch dem Arbeitswilligen „den Weg verstellen“ und dadurch seine persönliche Bewegungsfreiheit beeinträchtigt haben. Das Schöffengericht erkannte auf je einen Tag Gefängnis, wogegen die Angeklagten Berufung einlegten, die am Donnerstag die hiesige 1. Strafkammer beschaffigte. Herr Holzmann versuchte die Angeklagten als sehr gefährlich zu kennzeichnen. Ein Streikführer habe sich sogar einmal erkümmert, ihm durch die Ladentürscheibe in sein Geschäft — hineinzusehen. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Armer, bemerkte, es ist unerfindlich, aus welchem rechtlichen Gesichtspunkt das Verhalten der Angeklagten dem Thiel gegenüber strafbar sein soll. Wir haben doch wirklich keine Gefährdungsbestimmungen, die da vorzureden, daß die Leben Arbeitswilligen wie die weichen Eier zu behandeln sind. Und was die Angeklagten getan haben, war durchaus nichts Strafbares. Wenn man in der harmlosen Werbung: „Du, bleibe einmal einen Augenblick stehen, ich möchte mit Dir etwas besprechen“, schon eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit und der freien Willensbestimmung des einzelnen erwidern will, dann müßte jeder Straßenhändler oder Bettler schon deshalb bestraft werden, weil er durch das Anpreisen seiner Ware oder das Vortragen seiner Bitte den Fußgänger einen Augenblick zum Stehenhalten nötigt. Das aber kann doch wahrlich nicht strafbar sein. Im vorliegenden Falle konnte Mithie ja gar nicht dorthin gehen, als es in der Tat geschehen ist. Wenn schon durchaus eine Bestrafung für den harmlosen Vorfall notwendig ist, so ist nicht § 153 der Gewerbeordnung sondern § 240 des Strafgesetzbuchs (verleumdende Äußerungen) anzuwenden, wonach es möglich ist, über die Angeklagten Geldstrafen zu verhängen, dagegen § 153 St.-G.-O. nur Gefängnisstrafe von mindestens einem Tage vorsieht. Das Berufungsgericht verzichtete beide Berufungen. Herr Landgerichtsdirektor Mundry, der Vorsitzende der 1. Strafkammer, erachtete die Feststellungen des Oberrichters als durchaus zutreffend. Das Verhalten der Angeklagten habe den Tatbestand des § 153 der St.-G.-O. erfüllt.

Mit dem Schluß der Arbeitswilligen sind wir in Breslau wirklich weit gekommen. Früher wurden Gotiekläffern und an Mafestätigkeiten besonders hart bestraft, heute ist es das größte Verbrechen, einen Arbeitswilligen zu beleidigen; und wer ihn als organisierter Arbeiter zur Arbeit oder Schief ansetzt, kommt ins Gefängnis.

„Sabotage“ eines Streikpostens.

Die Verfolgung der Streikposten in Breslau wachst sich immer mehr aus. Bisher wurden die „Terroristen“ nur wegen Beleidigung, Verhöhnung und Behinderung der freien Arbeitswilligen bestraft. Am Donnerstag ist gegen einen Streikposten eine Strafe von 14 Tagen Haft ausgesprochen, weil er angeblich großen Unfug begieng, den der Amtsanwalt gar als Sabotage kennzeichnete, also als gewalttames Behindern in der Arbeit.

Der Arbeitswillige Julius A. O. H. war für die Expeditionsfirma F. A. Franke in Breslau am 25. März 1912 während des Streiks der Transportarbeiter mit dem Ausladen von Waren am Märkischen Bahnhof beschäftigt. Dort stand der am Unfug begiengende Arbeiter Hermann W. A. E. Streikposten. A. O. H. muß nun beweisen, wie sich W. A. E. auffällig an dem einen Hinterrad seines Fuhrwerks zu schaffen machte. Als A. O. H. später nachhau, fand er die Mutter des Kindes herausgeschraubt und den Splint am Boden liegend. A. O. H. war der Meinung, W. A. E. habe ihm einen Schabernack spielen wollen und so ging er hin — zur Polizei nämlich — und machte eine Anzeige. Die Polizei schickte dem Arbeiter W. A. E. einen Strafbescheid ins Haus, der gleich auf zwei Wochen Haft wegen groben Unfugs lautete. Wegen die ungewöhnlich hohe Strafsetzung erhob W. A. E. Einspruch. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Engelburg, führte vor Gericht aus, wenn auch A. O. H. den Unfug begieng an seinem Wagen stehen sah, so ist doch damit noch gar nichts bewiesen. Eine bloße Mutmaßung, die übrigens noch zweifelhaft ist, kann doch unmöglich als genauer Schuldbeweis dienen. Aus tatsächlichen Gründen also, mangels ausreichenden Beweises, ist der Angeklagte freizusprechen. Aber selbst, wenn man annimmt, der Angeklagte habe die Mutter losgebrocht, so stelle sich die Tat des Angeklagten nur als Sachbeschädigung dar. Es fehlt aber der zur Bestrafung wegen Sachbeschädigung erforderliche Strafandrohung und deshalb muß der Angeklagte aus tatsächlichen wie aus rechtlichen Gründen ohne weiteres freigesprochen werden. Der Amtsanwalt A. O. H. bemühte sich, die Anklage zu halten. Solche Ausschreitungen bei Streiks müssen streng bestraft werden. In Frankreich nenne man das Sabotage und der Eisenbahnerstreik in Frankreich hätte ja gezeigt, wie richtungslos die Streikenden die Bahnen zertrümmert hätten. Deshalb seien zwei Wochen Haft keine zu hohe Strafe. In allen Punkten schloß sich das Gericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats K. E. n. i. n. g. den Ausführungen des Amtsanwalts an. Auch die hohe Haftstrafe von zwei Wochen erachtet dem Gericht angemessen, obwohl der Unfugparagraß in allererster Reihe Geldstrafe und nicht Haftstrafe vorsieht.

Wenn das so weiter geht, kommen wir zu gar bezu unheimlichen Zuständen. Bisher waren es vor allem die Auslagen von Schutzleuten, die von den Gerichten hoch bewertet wurden; jetzt ist auch der Arbeitswillige ein Zeuge, den viele Angeklagte fürchten werden.

Ueber den Breslauer Fremdenverkehr

wird uns geschrieben: Erfreulicherweise mehren sich die Reisegesellschaften, die Breslau besuchen, von Jahr zu Jahr. Auch der Resten Deutschlands, selbst das Rheinland, beginnt sich für Breslau zu interessieren, und stellt kleinere Gruppen von Reisenden, die meistens ganz erkant sind, hier im Osten eine Stadt von solcher Größe und eigenartiger Schönheit zu finden. Der Ruf, den Breslau als eine deutsche Kulturstätte besonders in Oesterreich-Ungarn genießt, bringt es mit sich, daß gerade von dort her Schüler und Studentinnen nach Breslau unterkommen werden. Vor einiger Zeit besuchte die höhere Handelsakademie aus Terebregin (Ungarn) Breslau; zu Blüthen zeigten Schüler der Fortbildungsschule von Sporno (Böhmen) in der Stadt; in den nächsten Tagen kommen Schüler der Handelsakademie von Königsgrätz die Stadt besuchen, und noch eine ganze Anzahl österreichischer gewerblicher Schulen haben ihren Besuch in Aussicht gestellt. Den Verhältnissen entsprechend hat der Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs einen Führerdienst eingerichtet, der von Gesellschaften und Schulen viel in Anspruch genommen wird. Das Bureau des Vereins, das sich in der Nähe des Hauptbahnhofes, im Hause Gartenstraße 9, im Hochparterre befindet, vermittelt auf Wunsch auch die Unterbringung, Beförderung und Beförderung der Fremden, erleichtert ihnen nach Möglichkeit interessante Industrieanlagen und besorgt alles, was damit zusammenhängt. Für jede Gesellschaft wird dann ein genauer Besichtigungsplan mit Stundenangabe ausgearbeitet und dieser zur Rückübernahme übersandt. Durch diese Einrichtungen ist es möglich, den Fremden in kurzer Zeit möglichst viel von der Stadt zu zeigen und besonders das, was sie gerade interessiert, und ihnen trotzdem noch Zeit und Gelegenheit zum Einkauf gewünschter Gegenstände zu bieten. Weichen Anhang das findet, zeigt die stetig zunehmende Anzahl der Besuche des Bureaus, dem auch alle an den Magistrat gerichteten Anfragen zur Erleichterung überwiegen werden. Selbst große Vereinnigungen, die fremde Gäste empfangen, nehmen gern Not und Hilfe der erfahrenen Vereinsleitung in Anspruch. Dort, wo nichts weiter verlangt wird, steht das Bureau mit der Führerliteratur des Vereins zur Verfügung. Außerdem bietet es in seinem Schreib- und Lesezimmer die Einrichtnahme in die Adreßbücher größerer deutscher Städte und in hiesige und auswärtige Zeitungen. Die vollständig das Bureau in den Kreisen, die mit dem Fremdenverkehr in Verbindung kommen, bereits geworden ist, zeigt die Zunahme aller Fremden, die etwas Besonderes über Breslau erfahren wollen, aber über irgend etwas ein Auskunft wünschen, die sonst nicht leicht zu erreichen ist. Auch wird es zu unparteiischer Auskunft über Besuchsquellen gern bemüht.

Die Tätigkeit des Bureaus beschränkt sich aber nicht auf Breslau allein, sie umfaßt ganz Schlesiens. Als Bureau des Schlesischen Verkehrsverbandes kooperiert es Reisepläne durch Schlesiens und entwirft neue, es gibt Auskunft über Wälder und Sommerfrischen und deren Lage, Einrichtungen und Aufenthaltlichkeiten usw. Es gibt Prospekte aus und richtet erforderlichenfalls auch Anfragen an die Verwaltungen oder maßgebende Persönlichkeiten. Da das Bureau vom Fremdenverkehrsverein unterhalten wird, ist jede Auskunft, soweit sie nicht besondere Ausgaben erfordert, kostenlos, und sie wird bereitwilligst gegeben, was die Fremden besonders sehr zu schätzen wissen. Sie sind oft erlaubt darüber zu meinen, so weit seien sie noch nicht in der Organisation des Fremdenverkehrs in ihrer Heimat; sie sind es auch, die den Aus Breslaus als fremdbildende Fremdenstadt in alle Welt fragen und so unablässig neue Besucher der Stadt Breslau und dem Schlesiens werden.

Billige Preise für Schülerfahrten werden seit Jahren von den Fremden der Schülerausflüge mit Recht gefordert. Nun, nachdem auch der Staat in Jugendpflege arbeitet, ist es endlich gelungen, die Eisenbahnverwaltung zur Verbilligung der Fahrpreise zu bewegen. Durch den Nachtrag vom 15. Mai über Schülerfahrten, bestimmt der Eisenbahnminister, daß bei solchen unter Aufsicht von Lehrern unternommenen Fahrten bei einer Mindestbeteiligung von 80 Personen ein Preis von 1,25 Bfg. pro Kilometer in der dritten Klasse für eine Person über 10 Jahren zugrunde gelegt wird. Zwei Kinder unter 10 Jahren gelten als eine Person über 10 Jahre. Im allgemeinen soll die Hälfte der Klassen einer Volksschule als von Kindern unter zehn Jahren besucht, angesehen und berechnet werden. Diese Verbilligung der Fahrpreise wird sehr dazu beitragen, die wertvollsten Ausflüge der Schüler öfter als heute zu unternehmen, wo es nur den Schülern und Lehrern der „besseren“ Stände möglich war, die Schönheiten der freien Natur zu genießen.

Arbeiterjäger des 1. Unterbezirks. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr: Vorstandssitzung im Lokal von Hermann Ruch, Jahnstraße, Ecke Antonienstraße. Jeder Verein hat drei Vertreter zu entsenden. Tagesordnung: Gewerkschaftsfest. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Obmann.

Rekrutenaufhebung. Die Kanoniere Paul R. o. g. l. und Paul T. e. g. vom Artillerieregiment 6 in Breslau hatten sich vor dem Kriegsgericht wegen Mißhandlung jüngerer Kameraden zu verantworten. Sie hatten gemeinschaftlich den Rekruten K. a. z. mit einer fahrgewöhnlichen furchtbar verprügelt. Das Kriegsgericht verurteilte jeden der Missethäter zu zwei Monaten Gefängnis.

Zum Mord im Südpark. Der Strafgefängnis Bundesfeld, der heimlich in der Strafanstalt zu W. o. h. a. u.

das Bekenntnis abgelegt hat, er sei der Mörder der O. F. z. i. e. d. Ludwig, ist auf Antrag der hiesigen Staatsanwaltschaft nach Breslau überführt worden. Seine Geistesstellung mit den Personen, die den mutmaßlichen Mörder an dem betreffenden Abend mit der Ludwig zusammen gesehen hatten, hatte das Ergebnis, daß diese Personen in Bundesfeld den betreffenden Mann wiedererkannt haben. Nichtsdestoweniger ordnete der hiesige Untersuchungsrichter einen Lokaltersmin an, bei dem der Selbstbeteiligter an Ort und Stelle nachweisen sollte, wie er die Tat vollbracht habe, damit man feststellen konnte, ob seine Darstellung mit dem tatsächlichen Befunde, wie er seinerzeit von den Behörden festgestellt wurde, im Einklang steht. Dieser Lokaltersmin ist am Donnerstag nachmittag im Südpark abgehalten worden. Es waren zu dem Zweck dort erschienen der Untersuchungsrichter, der Staatsanwalt, verschiedene Kriminalbeamte und Zeugen, die über die Auffindung der Ermordeten Befunden konnten. Der Termin nahm etwa drei Stunden in Anspruch. Die Befundungen Bundesfelds über die von ihm ausgeführte Tat, seine Angaben über Zeit und Verhältnisse müssen dem Untersuchungsrichter so gemüht erscheinen, daß er die Verhaftung eines Täters von der Restauration im Südpark veranlaßt, um die Aufnahme eines vollständigen Protokolls herbeizuführen. Bundesfeld steht im 25. Lebensjahre und ist von Hause aus Kaufmann. Er stammt aus angesehener hiesiger Familie, ist aber schon in ganz jungen Jahren auf schlesische Bahn geraten, lebte es, als vornehmer Mann aufzutreten, dabei aber allerlei Vergehungen auszuführen, wegen deren er wiederholt vorbestraft ist. Von geistiger Unzurechnungsfähigkeit schelten die Behörden bei ihm nicht bemerkt zu haben; auch ist die Voruntersuchung in dieser Richtung wahrscheinlich erst mit dem jetzigen Lokaltersmin zum Abschluß gekommen, sodas wohl dem mehr erst der Antrag auf Einleitung des Hauptverfahrens gestellt werden dürfte.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Freisinniger Terrorismus.

Aus Niederschlesien wird dem „Vorwärts“ berichtet: Am Sonntag, den 9. Juni, fand in Greiffenberg eine Parteikonferenz für den Wahlkreis Löwenberg statt, die sich u. a. auch mit der im Kreise immer brennender werdenden Frage der Beschaffung von Versammlungslökalen befand. Von allen Delegierten wurde berichtet, daß es Fortschrittler sind, die es der Sozialdemokratie unmöglich machen, Lokale zu Versammlungszwecken zu erhalten. Ist es doch selbst im größten Ort des Kreises, in der Stadt Löwenberg, nicht möglich, ein Lokal zu bekommen. Die Stadt Löwenberg ist aber die Hochburg des Kopsch-Kreislers. Die Genossen haben sich bemüht, die geheimen Päden der Lokaltreiberei aufzudecken, und es stellte sich heraus, daß der Besitzer von Großbrauereien, die als stramme Fortschrittler gelten, hinter den Kulissen ihre wirtschaftliche Macht geltend machen und der Sozialdemokratie keine Versammlungslökalen zur Verfügung stellen lassen. Auf eine Anregung des Bezirkssekretärs, Genossen Eberle, beschloß deshalb die Konferenz, da kein anderes Mittel mehr übrig bleibe, einen Boykott über die Produkte der in Betracht kommenden Unternehmer und zwar für den ganzen Bezirk zu verhängen. Die diesbezüglichen Vorbereitungen sollen getroffen werden.

Oblau, 14. Juni. Aus dem Luge gestürzt. Aus dem um 4,15 Uhr in Oblau eintreffenden Zuge stürzte kurz vor der Station Oblau ein ungefähr 10 Jahre alter Knabe. Es war der Sohn einer durchziehenden Galizierfamilie. Die Notbremse wurde sofort gezogen. Es ist noch als ein Glück zu bezeichnen, daß der Knabe aus dem letzten Wagen fiel und deshalb nicht überfahren worden ist.

Gottesberg, 14. Juni. Das furchtbare Familien-drama, das sich am 11. März hier abspielte, fand Donnerstag vor dem Schwelbinger Schwurgericht sein Nachspiel. Der Verurtheilte August W. e. i. s. hatte in stark angegrünemten Zustande seine zweijährige Tochter in einem Leiche bei Ober-Oberndorf ertränkt und versucht, noch weitere drei Kinder zu ertränken. Die Geschworenen nahmen nur Totschlag und verurteilten Totschlag auf zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust erkannte.

Jauer, 14. Juni. Der Mär ist los! In einer auf dem Schützenfesttage aufgestellten Schaubude riß sich am Sonntag ein großer Mär los, lief er über den Festplatz und verlor das Publikum in nicht geringen Schrecken. Der Freiheit hatte sich jedoch Meister Beh nicht lange zu erfreuen, denn die Angestellten der Schaubude fingen ihn alsbald wieder ein.

Posen, 14. Juni. Gewalttamer Tod. Im Wald bei Arzham in der Nähe der Station Rosenhagen wurde die Leiche eines jungen Mannes gefunden, die einen mit Steinen beschwerten Strick um den Hals trug und Kratzwunden aufwies, die auf einen Kampf hindeuteten. Dem Vernehmen nach soll der Tote der seit dem 5. d. Mts. vermifste Schriftsetzerlehrling Erich E. h. n. i. e. aus Posen sein.

Posen, 13. Juni. Von Eisstücken erschlagen. In Stralkowo wütete Mittwoch abend ein heftiger Hagel-schlag verbunden mit Unwetter. In der Nähe des russischen Grenzortes Brozels wurden zwei Gänse hütende Knaben samt der Gänsehede von herabfallenden Eisstücken erschlagen.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. 1. Sch. Deutschwald. 1. Mein, der Nachbar ist im Unrecht. 2. Das Unstgericht, bei dem Sie klagen müßten. 3. Da die Wasserentnahme schon seit vielen Jahren besteht, kann der Nachbar sie jetzt nicht ohne weiteres verbieten; auch ein Wechsel des Besitzers würde daran nichts ändern. 4. Nr. 110. 1. Zum Aufbau des Sommerlagers brauchen Sie die Genehmigung der Behörde. Wenden Sie sich an den Amtsvorsteher. 2. Was Sie planen, ist ein öffentlicher Aufzug mit Musik, der nach den Vorschriften des Reichsvereins-Gesetzes nur mit Erlaubnis der Polizei veranstaltet werden darf. 3. M. G. Kattowitz. Sie müssen Ihren Namen und Ihre Wohnung angeben, sonst bekommen Sie keine Auskunft. 4. Nr. 100. Von 1876 bis 1878.

Breslau, den 13. Juni.

	gute		mittlere		geringe Sorte	
	schd.	niedr.	schd.	niedr.	schd.	niedr.
Weizen, weißer	22 50	21 50	21 50	20 50	20 50	19 50
Weizen, gelber	22 50	21 50	21 50	20 50	20 50	19 50
Roggen	19 20	18 70	18 60	17 70	17 60	16 70
Gerste	18 70	17 90	17 80	17 90	17 60	16 70
Haler	18 60	18 10	18 10	17 90	17 70	17 50
Winterr-Tryben	26	24	24	23	21	20
Tryben	21 50	21	19 80	18 80	18	17 50

Getr. per 100 Kgr. 5.80—9.20 Mk.
Kornmehl per 100 Kgr. 5.40—8.00 Mk.
Weizenmehl 100 Kgr. 4.00—4.70 Mk.

Breslauer Weizenmehl. Weiz. ruhig, per 100 Kgr. 5.80 bis 6.00
Weizenmehl 00 ruhig, 28.50—29.00 Mk., Roggenmehl 00 ruhig, 25.00
bis 25.50 Mk., Roggen - Ausbacken ruhig, 24.50—25.00 Mk., Roggen-
Butter-mehl ruhig, 15.00—15.50 Mk., Weizenmehl bester, 14.50—15.00 Mk.

Aus der Geschäftswelt.

37 Jahre hindurch steht die achte Gensel's Fleisch-Soda bei den Hausfrauen in hoher Gunst. Wägen Sie beim Einkauf immer darauf, daß Sie nicht eine der vielen, oft minderwertigen Nachahmungen bekommen. [1905/3]